

Protokoll 11/2016

Grosser Gemeinderat von Zug

Sitzung vom Dienstag, 13 Dezember 2016, 15.00 - 18.55 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug

Begrüssung, Entschuldigungen und Trakandenliste

Ratspräsidentin Karin Hägi eröffnet die elfte Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt hat sich die Ratsmitglied Stefan Huber; die übrigen 39 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsidentin Karin Hägi geht ohne Intervention aus dem Rat davon aus, dass dieser allfälligen Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stillschweigend zustimmt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

Ratspräsidentin Karin Hägi: Am 24. November 2016 ist Othmar Romer im Alter von beinahe 85 Jahren gestorben. Othmar Romer war bis fast zuletzt ein aktives Mitglied der SP und hatte in über 33 Jahren viele Mandate inne. Am Höhepunkt seiner politischen Karriere von 1979 bis 1998 war er im Stadtrat, die letzten vier Jahre als Stadtpräsident. Davor war er von 1967 bis 1970 und von 1979 bis 1994 im Kantonsrat. Dazwischen hatte er von 1972 bis 1978 als Oberrichter gearbeitet. Von 1973 bis 1983 war Othmar Romer auch noch Präsident der SP Kanton Zug.

Ratspräsidentin Karin Hägi entbietet den Angehörigen im Namen der Zugerinnen und Zuger das Beileid.

Im Gedenken an Othmar Romer erheben sich die Anwesenden zu einer Schweigeminute von ihren Sitzen.

Nr. Traktandum

1.	Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 9 vom 8. November 2016 und Nr. 10 vom 22. November 2016
2.	Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3.	Motion der FDP-Fraktion vom 9. November 2016 betreffend Pflege der Rechtssammlung Stadt Zug; Überweisung
4.	Postulat Fraktion Alternative-CSP vom 23. November 2016 betreffend TiSA (Trade in Services Agreement) Überweisung
5.	Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020 Bericht des Stadtrates Nr. 2415 vom 25. Oktober 2016 Bericht und Antrag der GPK Nr. 2415.1 vom 21. November 2016
6.	Interpellation SVP-Fraktion vom 16. August 2016: Jahresbericht der Energiekommission - schludrig und fehlerhaft! Antwort des Stadtrates Nr. 2419 vom 22. November 2016
7.	Wahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission (Nachfolge Willi Vollenweider)
8.	Wahl des Büros 2017 - 2018: 8.1 Wahl der Präsidentin/des Präsidenten 8.2 Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten 8.3 Wahl der zwei Stimmzählerinnen/Stimmzähler 8.4 Wahl der Beisitzerin/des Beisitzers
9.	Mitteilungen

1. Genehmigung der Traktandenliste und der Protokolle Nr. 9 vom 8. November 2016 und Nr. 10 vom 22. November 2016

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen und somit die Traktandenliste stillschweigend genehmigt ist.

Zu den Protokollen Nr. 9 vom 8. November und Nr. 10 vom 22. November 2016:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach die beiden Protokolle stillschweigend genehmigt sind.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Motionen und Postulate

Postulat Fraktion Alternative-CSP betr. TiSA (Trade in Services Agreement)

Mit Datum vom 23. November 2016 hat die Fraktion Alternative-CSP folgendes Postulat eingereicht:

„Der Zuger Stadtrat wird beauftragt,

- 1) in einem Bericht aufzuzeigen, wie sich das TiSA-Abkommen auf die Stadt Zug auswirken würde;
- 2) abzuklären, welche Möglichkeiten des Engagements gegen TiSA der Gemeinde zur Verfügung stehen;
- 3) sich dazu zu äussern, ob er bereit ist, die Stadt Zug zur TiSA-freien Zone zu erklären, und seine Haltung zu begründen.

Begründung:

Im Geheimen wird momentan das TiSA (Trade in Services Agreement) verhandelt. Das Abkommen würde zu einer weitreichenden Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Luft, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege etc. - also Güter des Alltags, zu denen alle Menschen Zugang haben sollten - führen. Das Abkommen gilt vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden und ist für alle Verwaltungsebenen verpflichtend. Kantone und Gemeinden sind also direkt betroffen. Das Abkommen stellt das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem es die Möglichkeit der lokalen Behörden einschränkt, im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich. Neben dem Inhalt des Abkommens ist auch die Vorgehensweise heikel. Die Verhandlungen werden geheim geführt und der Inhalte soll noch fünf Jahre nach Abschluss oder Scheitern der Verhandlungen geheim bleiben. Die Bevölkerung würde also selbst bei einem Beitritt der Schweiz zu TiSA nicht wissen, was genau entschieden wurde. Dieses Vorgehen widerspricht jeglichem grundlegenden Verständnis von Demokratie. Dieses Vorgehen überrascht insofern nicht, als dass anfangs dieses Jahrhunderts ein ähnliches Abkommen, das sogenannte GATS-Abkommen, auf heftigen Widerstand von tausenden europäischen Gemeinden gestossen ist - unter anderem haben sich in der Schweiz 90 Gemeinden zu GATS-freien Zonen erklärt - und schliesslich aufgrund des Stockens der DOHA-Runde auf Eis gelegt wurde. Auf Druck einiger multinationaler Grosskonzerne verhandeln nun Staaten - unter anderem auch die Schweiz - unter Ausschluss der Öffentlichkeit das TiSA, welches zu einer weitreichenden Liberalisierung des Service public führen würde und wegen seiner Mechanismen noch demokratiefeindlicher als das GATS ist. Dank Wikileaks wurden einige Details des Abkommens mittlerweile bekannt:

- Negativlisten: Jeder Staat, der TiSA beitrifft, muss eine Liste jener Dienstleistungen erstellen, die von der Marktöffnung ausgenommen werden sollen. Für alle Bereiche, die auf der Liste fehlen, muss der Markt zwingend geöffnet werden. Künftige Dienstleistungen, die wir heute nicht kennen und die deshalb auf der Negativliste fehlen, wären demnach zwingend der Marktöffnung unterstellt. Darunter könnten auch kommunale Strukturen in der Stadt Zug fallen.
- Ratchet-Klausel: TiSA hält fest, dass eine einmal vorgenommene Marktöffnung nicht mehr rückgängig gemacht werden darf. Selbst wenn eine Marktöffnung völlig versagt hat, ist eine Rücknahme der Deregulierung für immer ausgeschlossen.
- Standstill-Klausel: Gemäss TiSA darf die Regulierungsdichte, wie sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens besteht, nicht erhöht werden.

- Future-proofing-Klausel: Gemäss TiSA sind sämtliche künftigen Dienstleistungen, die heute noch nicht erfunden sind, zwingend der Marktöffnung ausgeliefert. Ein heute noch nicht bekannter Energieträger würde demnach zwingend der Marktöffnung unterstehen und ein staatliches Monopol wie heute bei der Elektrizität wäre nicht möglich.

Das Abkommen würde also nicht nur die staatliche und kantonale Souveränität, sondern auch die Gemeindeautonomie der Stadt Zug wesentlich beschneiden - beispielsweise könnte die Stadt Zug verpflichtet werden, Bereiche des Service public wie die Wasserversorgung oder die Bibliothek ohne Auflagen an private Anbieter zu vergeben. Als wären der gefährliche Inhalt und die fragwürdigen Verhandlungen unter komplettem Ausschluss der Öffentlichkeit nicht schon genug, führt der Bundesrat die Verhandlungen ohne demokratisches Mandat. Er verhandelt TiSA im Rahmen des mehr als zehnjährigen DOHA-Mandats, obwohl TiSA ausserhalb der WTO verhandelt wird, nicht zum DOHA-Vertragswerk gehört und neue Spielregeln gelten. Der Bundesrat verhandelt also geheim, an der Bevölkerung vorbei, gegen den sozialen Frieden, gegen staatsrechtliche und demokratische Grundsätze und gegen die Autonomie der Gemeinden. Deshalb soll sich die Stadt Zug im Sinne einer symbolischen und ausdrucksstarken Geste zur TiSA-freien Zone erklären, analog und in Ergänzung zu den weltweiten Massnahmen zu GATS anfangs des 21. Jahrhunderts. Wir bitten den Stadtrat um schriftliche Beantwortung.“

Ratspräsidentin Karin Hägi teilt mit, dass das Postulat heute unter Traktandum 4 zur Überweisung traktandiert ist.

Interpellationen

Interpellation CVP-Fraktion zum Vorhaben an der General-Guisan-Strasse: Auffüllung Grundwasserwanne (Objekt 975, Investitionsplanung 2017-2026)

Mit Datum vom 9. Dezember 2016 hat die CVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

“ In Zeiten von Sparen und Verzichten mutet das Vorhaben des Stadtrates komisch an, die General-Guisan-Strasse einzuebnen. Dafür wird ein Kreditbedarf von CHF 3'300'000 geschätzt, wobei je CHF 1,4 Mio. in der Investitionsplanung pro 2019 und 2020 vorgesehen sind.

Deshalb stellen wir folgende Fragen:

1. Welche Vorteile sieht der Stadtrat bei einer Ausebnung der heutigen Grundwasserwanne?
2. Wie hoch belaufen sich die Kosten für die Verlegung der Tiefgarageneinfahrt? Wie hoch ist der Anteil der Stadt Zug?
3. Wurde bei der damaligen Baubewilligung eine Kostenbeteiligung der Grundeigentümer bei einer Verlegung/bei einer Neuerschliessung vorgesehen? Wenn nein, warum nicht?
4. Wieso stellt diese Investition eine gebundene Ausgabe dar?
5. Bezüglich des Bahndammes: Ist es nicht ein Vorteil, nebst dem Ost-West Verkehr eine Nord-Süd Erschliessung von Wohngebieten mit dem Naherholungsgebiet am See zu ermöglichen? Kann der Damm nicht zu einem Veloweg ausgebaut/aufgewertet werden?
6. Böte der Damm nicht sogar für die Stadtentwässerung Vorteile?
7. Warum konnte das Projekt nicht im 2016 angegangen und umgesetzt werden? Was führt(e) zu einer Verzögerung?

8. Worauf beruht der Entscheid, dass im 2015 bereits CHF 89'000 ausgegeben wurden? Wie hoch sind die total aufgelaufenen Kosten per heute?

Wir danken dem Stadtrat für eine schriftliche Beantwortung unserer Fragen.“

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

3. Motion der FDP-Fraktion vom 9. November 2016 betreffend Pflege der Rechtssammlung Stadt Zug; Überweisung

Astrid Estermann: Die Fraktion Alternative-CSP beantragt die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Sie kann sich grossteils mit den Anliegen einverstanden erklären, findet aber, dass es in die Kompetenz des Stadtrates gehört, zu entscheiden, wie er eine solche Aufstellung vornehmen will bzw. den Grossen Gemeinderat in die Überprüfung der Gesetze und Richtlinien einbeziehen möchte.

Eliane Birchmeier: Die FDP-Fraktion hält an ihrer Motion fest und möchte sie nicht in ein Postulat umwandeln - dies mit folgender Begründung: Während rund 1,5 Jahren - von Februar 2013 bis August 2014 - war die Zukunft des Waldheims ein politisches Thema. Während dieser ganzen Zeit wurde die Rechtssammlung offenbar nicht konsultiert respektive der GGR nicht auf das für dieses Geschäft erhebliche Reglement aus dem Jahr 1973 aufmerksam gemacht. Das wirft Fragen auf, inwiefern der Stadtrat in dieser Hinsicht seine Aufgabe erfüllt. Die Motion stützt sich auf die Gemeindeordnung der Stadt Zug, in der bei den Aufgaben des GGR unter Paragraph 16, Absatz 3, festgehalten ist: "Der Grosse Gemeinderat beaufsichtigt die Tätigkeit des Stadtrats und führt die Oberaufsicht über die Stadtverwaltung." Die FDP-Fraktion will eine schlanke, gepflegte und zeitgemässe Gesetzessammlung und erachtet ihre Motion als einen konstruktiven und pragmatischen Anstoss für den Stadtrat, die rechtlichen Grundlagen in eine zeitgemässe Form zu überführen. Diese Motion hat weder die Alterswohnungen Waldheim zum Inhalt noch stellt sie die Verpflichtung, die der Stadt Zug aus dem vergessenen Reglement erwächst, in Frage.

Abstimmung

über den Antrag von Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP für die Umwandlung der Motion in ein Postulat:

Für den Antrag Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP stimmen 9 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Für die Umwandlung einer Motion in ein Postulat ist die 2/3-Mehrheit erforderlich. Diese beträgt bei 39 Anwesenden 26 Stimmen. Mit 9 Jastimmen ist das notwendige Quorum nicht erreicht, weshalb der Antrag der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt und die Motion an den Stadtrat überwiesen ist. Der Stadtrat hat nun ein Jahr Zeit, Bericht und Antrag zu stellen.

4. Postulat Fraktion Alternative-CSP vom 23. November 2016 betreffend Postulat betreffend TiSA (Trade in Services Agreement) Überweisung

Peter Rütimann: Die GGR-Fraktion der FDP hat nach Studium über die Ziele der TiSA und nach ausgiebiger Diskussion beschlossen, das Postulat "Trade in Service Agreement", TiSA, mit dieser Formulierung aus folgenden Gründen nicht zu überweisen. Alle Postulats-Aufträge zur Abklärung an den Stadtrat gehen dahin, das Freihandelsabkommen "TiSA" zum Vornherein abzulehnen und die Stadt Zug zu einer TiSA-freien Zone zu erklären. Das ist nach Meinung der FDP-Fraktion eine falsche Strategie! Ein Abkommen hat immer Chancen und Risiken. Sich nur auf die Risiken zu fokussieren erzeugt Angst - und die Angst ist ein schlechter Ratgeber. Dienstleistungen, insbesondere im Bereich Technik und Logistik, sind ein gewichtiger "Trumpf" der Exportwirtschaft. Für die Industrie, KMU's sowie auch beim Gewerbe werden so attraktive Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Das heutige Export-Volumen für Dienstleistungen überschreitet CHF 80 Mia. und entspricht ca 1% des BIP (Brutto Inland Produkt). In diesem wichtigen Bereich Dienstleistungen muss man aktiv bleiben, die Chancen nutzen neue Freihandelsabkommen in wichtigen Märkten wie die EU und die USA prüfen, sorgfältig die Konsequenzen abwägen und entscheiden. Die FDP-Fraktion ist sich sehr wohl bewusst, dass "TiSA" im Dienstleistungs-Bereich, in vitalen Bereichen wie z.B. im Gesundheitswesen, im öffentlichen Verkehr, für die elektrische Energieversorgung, Abfallentsorgung etc., welche heute vom Service public erfolgreich erbracht werden, beeinflussen kann, positiv wie auch negativ. Die globale Liberalisierung hat nicht immer alle belohnt! Das Freihandelsabkommen TiSA bietet die Möglichkeit, solche vitalen Bereiche von diesem Abkommen herauszunehmen. Der Bund hat bereits eine Liste von relevanten Bereichen eingereicht vom Strommarkt bis zur bestehenden Regulierung im Spitalwesen. Im Weiteren wird "TiSA" zur Zeit im Nationalrat aktiv diskutiert und ein Freihandelsabkommen mit anderen Ländern würde über den Staat Schweiz laufen und nicht via die Stadt Zug. Zu diesem Vorstoss der Alternativen-CSP erinnert sich Peter Rütimann an den bekannten Spruch: Les absents ont toujours tort.

Rainer Leemann findet es absolut der falsche Ort, "TiSA" in diesem Feierabendparlament zu diskutieren. Solche komplexen und internationalen Geschäfte sind auf nationaler Ebene zu behandeln. Die ausserpolitischen Kommissionen werden ja auch auf dem Laufenden gehalten. Es gilt also abzuwarten, was die nationalen Politiker machen., Da sind ja auch schon diverse Vorschläge oder Interpellationen gekommen. "Unsere Kräfte müssen wir bündeln: kämpfen wir lieber für ein ZFA-freies Zug." Was trotzdem noch spannend sein könnte: Alle wissen, was mit der Post geschehen ist, einem Monopol: Hier und in Oberwil gibt es keine Postfiliale mehr. Mit mehr Wettbewerb wäre das vielleicht anders rausgekommen. Daher: die im Vorstoss erwähnten Vorschläge sind normale Verhandlungssachen, da muss man Ruhe bewahren und sich dann dagegen entscheiden, falls dies überhaupt möglich ist.

Astrid Estermann: TISA wird im Geheimen verhandelt. Die Entscheidung, ob man etwas öffentlich oder privatrechtlich machen will, kann man heute noch treffen, nachher ist das aber nicht mehr der Fall. Astrid Estermann sieht die Vorteile von TiSA nicht, sondern nur Nachteile. Fremde Richter entscheiden. Es gibt viele Städte und Gemeinden, die sich gegen Tisa ausgesprochen haben. In Deutschland gibt es beispielsweise 200 Städte inkl. der Stadt Köln, welche sich gegen TiSA ausgesprochen haben. Das gibt ein Zeichen gegenüber diesen Verhandlungen. Es ist wichtig, dass diese Zeichen jetzt gesetzt werden und nicht im Nachhinein - dann ist es allenfalls zu spät.

Gregor R. Bruhin unterstützt den Antrag der FDP-Fraktion nicht, dass das Postulat bezüglich TiSA nicht überwiesen werden soll. Inhaltlich teilt er zwar die Meinung der FDP und ist der Auffassung, dass es sich hier um eine nationale und nicht Stadtzuger Thematik handelt. Auch wenn die Grünen

praktisch ein identisches Postulat im Kantonsrat am 28. November 2016 eingegeben haben - sie scheinen wohl eine doppelt und dreifache TiSA freie Zone haben zu wollen, nämlich auf kantonaler und städtischer Ebene. Ebenfalls ist Gregor R. Bruhin erstaunt, dass die Alternative-CSP Abschottungspolitik betreiben will und sogar zu Ungehorsam gegenüber dem Bund aufruft, was ganz neue Töne sind, von Politikern, welche die Entföderalisierung der Schweiz bis zur vollständigen Machtkonzentration in Brüssel befürworten. Es wäre schön, wenn sich die Linke ebenfalls so ungehorsam gegenüber Bern verhalten würde bei der NFA Thematik. Trotzdem unterstützt Gregor R. Bruhin die Überweisung, nämlich weil er grundsätzlich der Auffassung ist, dass Vorstösse im Normalfall überwiesen werden sollen. Der Hauptgrund ist aber ein anderer. Ihn interessiert die Antwort auf die erste Frage, wo es Spielraum für Privatisierungen und Deregulierungen gibt. Das kann der Stadtrat direkt beantworten, wenn das Postulat überwiesen wurde. TiSA will Deregulierungen, und das ist ein Kerninhalt der SVP, sie will einen Abbau von Auflagen, Regulierungen und Einschränkungen - eine Rückkehr zu mehr persönlicher Freiheit und Eigenverantwortung. Weg von der Vollkasko Mentalität, dass der Staat alles garantieren und sicherstellen muss. Die SVP ist für Leistung und Wettbewerb. TiSA will mehr Wettbewerb bei Dienstleistungen aller Art durchsetzen und wird zwangsläufig Privatisierungen zur Folge haben. Wettbewerb führt zu Konkurrenz und damit zu einer guten Ausgangslage für den Konsumenten. Wenn das nur schon die Privatisierung der kostenausfernden Kinderbetreuungsmaschinerie der Stadt Zug zur Folge hat, ist Gregor R. Bruhin hoch erfreut. In diesem Sinne ist er höchst gespannt, wo der Stadtrat Auswirkungen auf die Stadt Zug sieht, wo dereguliert und privatisiert werden könnte. Gregor R. Bruhin unterstützt ich die Überweisung und fordert den GGR auf, es ihm gleich zu tun.

David Meyer: TiSA, was heisst das praktisch? Man hat die Wasserwerke in eine AG überführt, das Kantonsspital in eine AG überführt, sich in einer ZEBA privatisiert usw. so ist man organisiert. Man ist also absolut in der Lage, zu privatisieren. Aber: Man sagte was, wann und wie. Insofern interessiert es sehr, welche Auswirkungen ein TiSA auf die Souveränität hätte. Heisst das mit TiSA z.B., dass die öffentlichen gemeindlichen Schulen zwingend in Privatschulen umgewandelt werden müssen? Und wenn ja, wo kann man die Aktien kaufen? Solche Fragen interessieren sehr, weshalb das Postulat überwiesen werden sollte, um entsprechende Antworten zu erhalten.

Rainer Leemann: Die Antworten wird der GGR auch dann nicht kriegen, weiss doch nicht einmal die ausserpolitische Kommission, was dort stattfindet, vor allem, nachdem noch Verhandlungen laufen und das im geschlossenen Kreis bleibt. Die Antworten werden jetzt noch nicht kommen. Wenn sie kommen, werden sie noch oftmals ändern. "Also mach dir nicht zu viele Hoffnungen."

Abstimmung

über den Antrag der FDP-Fraktion für Nichtüberweisung:

Für den Antrag der FDP-Fraktion stimmen 10 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 10 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt und das Postulat an den Stadtrat überwiesen hat. Dieser hat nun 12 Monate Zeit für Bericht und Antrag.

5. Budget 2017 und Finanzplan 2020

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2415 vom 25. Oktober 2016

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2415.1 vom 21. November 2016

Grundsatzvoten

Stadtrat Karl Kobelt stellt das Budget 2017 und den Finanzplan 2020 anhand einer Powerpoint-Präsentation vor:

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

GGR-Sitzung vom 13. Dezember 2016

Dr. Karl Kobelt, Vorsteher Finanzdepartement



Quelle: Stadt Zug

Zum dritten Mal in Folge - nach den Budgets 2015 und 2016 - veranschlagt der Stadtrat für das nächste Jahr ein positives Ergebnis. Dies ist alles andere als selbstverständlich, bedenkt man die fünf mageren Jahre mit negativen Abschlüssen der Jahresrechnungen von 2010 bis 2014. Aus dem Budget 2017 ergeben sich aus Sicht von Stadtrat Karl Kobelt drei Dinge: Zunächst eine Genußtuung: In der Vergangenheit hat der GGR die Budgets zum Teil massiv gekürzt. Das Budget 2012 etwa um rund CHF 5 Mio. Es zeigte sich, dass diese Kürzungen nicht ausreichen würden, um den Finanzhaushalt ausgeglichen zu gestalten. Deshalb hat der Stadtrat frühzeitig agiert und proaktiv gehandelt. Stadtrat Karl Kobelt erinnerte an die 2012 eingeleitete und durch den Stadtrat mit linker Mehrheit 2013 beschlossene Spar- und Verzichtsplannung I mit einem Effekt von rund CHF 2 Mio. Entlastung für die Stadtkasse. Zweitens eine unabdingbare Bescheidenheit: Die aktuell zufriedenstellende Situation erreichte die Stadt nicht allein aus eigener Kraft. Sie benötigte dazu die Unterstützung des Kantons Zug und der Zuger Gemeinden. Stadtrat Karl Kobelt denkt an die Anpassung des Finanzausgleichgesetzes, die der Kantonsrat am 25. September 2014 beschloss. Mit der erfreulichen Folge der Entlastung der Stadtkasse um weitere CHF 6 bis CHF 9 Mio. pro Jahr. Und drittens schliesslich der Respekt: Die finanzpolitische Zukunft wird nicht einfach zu gestalten sein.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Übersicht Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung

in CHF Mio.	Rechnung	Budget	Budget	Finanzplan		
	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Erfolgsrechnung						
Ertrag	270.8	257.2	267.6	270.3	271.3	272.8
Aufwand	263.2	256.0	265.5	268.8	270.7	271.8
Rechnungsergebnis	7.6	1.2	2.1	1.5	0.6	1.0
Investitionsrechnung						
Investitionen						
Verwaltungsvermögen	9.8	51.3	49.4	49.9	46.9	22.8
Einnahmen	3.8	11.2	10.5	6.0	5.5	1.1
Nettoinvestitionen	6.0	40.1	38.9	43.9	41.4	21.7

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Der Blick auf Budget und Finanzplanung der letzten zwei und der vier nächsten Jahre zeigt generell eine stabile Situation. Bemerkenswert ist der Vergleich der Budgets 2016 und 2017 mit einer markanten Steigerung des Ertrags und des Aufwand von jeweils rund CHF 10 Mio. Beim Ertrag wirkt hier die etwas zu tiefe Budgetierung des Jahres 2016, welche auf der Basis 2014 erfolgte. Beim Aufwand schlagen die aufgrund der beträchtlichen Steuereingänge von 2015 markant steigenden Aufwände für NFA und ZFA zu Buche. Die Investitionen hat der Stadtrat klar priorisiert. Ab 2020 ist - aus heutiger Sicht - noch etwas Potenzial für weitere Investitionen vorhanden.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Einfluss der negativen Abstimmung betreffend dem Entlastungsprogramm auf unsere Erfolgsrechnung

in CHF Mio.	Budget	Finanzplan		
	2017	2018	2019	2020
Erfolgsrechnung				
Wegfall Solidaritätsbeitrag	5.4	5.4	5.4	0.0
Geringere Einnahmen	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Wegfall kantonaler Beitrag ZFA	0.0	-3.6	-3.6	-3.5
Einfluss auf das Rechnungsergebnis	3.6	0.0	0.0	-5.3

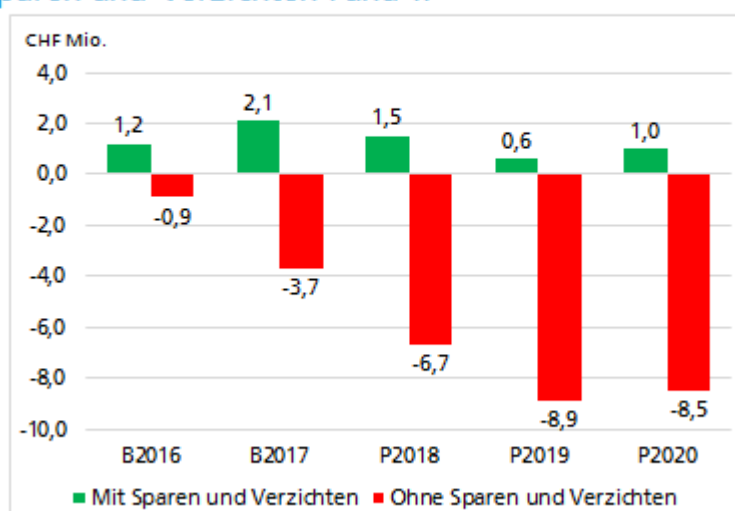
Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Auf dieser Folie sind die Folgen des Nein des Soveräns vom 27. November 2016 zum Entlastungsprogramm des Kantons Zug dargestellt. Der Solidaritätsbeitrag hat nun keine gesetzliche Grundlage mehr. Total sind demnach CHF 5,4 Mio. brutto nicht an den Kanton zu entrichten. Davon war die Rückführung des Mehrertrags aus Betreuungsabzug, Pendlerabzug und Verzugszinsen von CHF 2,6 Mio. in Abzug zu bringen, wie dies in den Hauptzahlen auf Seite 28 der

Budgetvorlage ausgewiesen wird. Von der resultierenden Nettobelastung von CHF 2,8 Mio., die nun entfällt, sind die Verzugszinsen von CHF 0,8 Mio. dazu zu zählen. Sie bleiben als Mehrertrag bestehen. Sie betreffen die Vorjahre und bleiben somit bei der Stadt. Der Einfluss des Nein zum Entlastungsprogramm auf das Rechnungsergebnis beträgt also CHF 3,6 Mio. Dennoch wird im Budget 2017 keine Korrektur vorgenommen: Erstens steht die wichtige ZFA Reform 2018 zur Disposition. Sie wurde mit dem Solidaritätsbeitrag verknüpft. Ob dieser Beitrag von Seiten der Gemeinden auf neuer Basis geleistet wird, ist noch offen. Ein entsprechender Entscheid darf durch eine Budgetkorrektur nicht verunmöglicht werden. Dies umso mehr, als die ZFA Reform 2018 weit fortgeschritten ist, diese Reform die finanzielle Autonomie der Stadt und der Gemeinden stärkt und durch einen Wegfall des Solidaritätsbeitrags völlig unnötig gefährdet werden könnte. Zweitens zöge sich bei einem Wegfall des Solidaritätsbeitrags der Kanton Zug konsequenterweise bereits ab 2018 aus dem horizontalen Finanzausgleich zurück. Dies würde den positiven Effekt auf den Stadthaushalt neutralisieren, Und drittens schliesslich wäre bei einem tatsächlichen Wegfall des Solidaritätsbeitrags Ende 2017 der entsprechende Effekt auf das Ergebnis buchhalterisch leicht zu handhaben und entsprechend auszuweisen. Umgekehrt fehlten indes schlicht die Mittel, den Beitrag auszulösen.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Rechnungsergebnisse im Vergleich ohne Sparen und Verzichten I und II

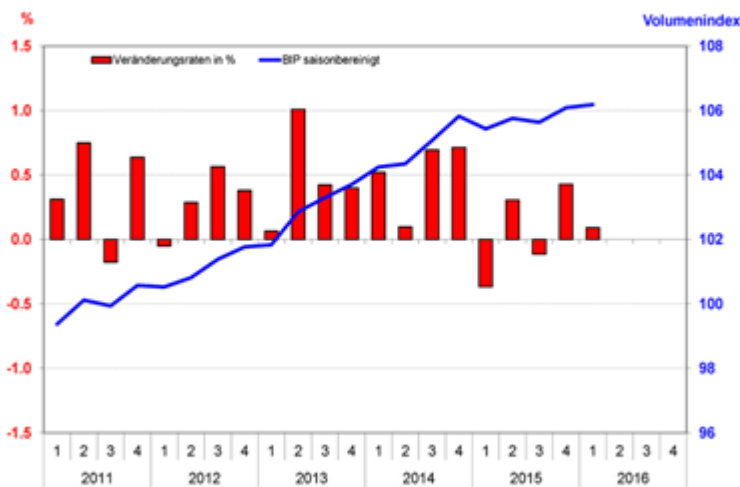


Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Die Folie zeigt eindrücklich, wie dringend nötig beide Spar- und Verzichtspakete I und II waren und sind. Positive Jahresergebnisse können nur dann budgetiert werden, wenn das Paket Sparen und Verzichten II im vorgesehenen Umfang umgesetzt wird. Sparen und Verzichten II datiert vom 12. April dieses Jahres. Bis zum Abschluss des Budgetprozesses für 2017 mit der 2. Lesung im Stadtrat vom 25. Oktober ergaben sich in einigen Details neue Erkenntnisse. Sie erklären die kleinen Abweichungen in einzelnen Kostensteilen und Konti, die übers Ganze gesehen aber völlig unerheblich sind.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Bruttoinlandprodukt, moderates Wachstum

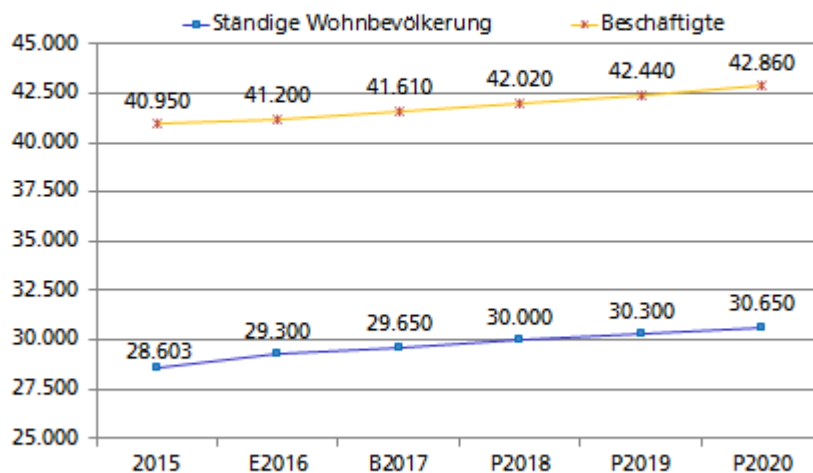


Quelle: Direktion für Wirtschaftspolitik, Staatssekretariat für Wirtschaft SECO – Konjunkturtenendenzen

Diese Folie zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts. Dieses wuchs im zweiten Quartal gemäss SECO um 0,6%, im dritten Quartal war ein Null-Wachstum zu verzeichnen. Generell veranlasst die hier sichtbare Verlangsamung des Wachstums ab 2014 zur Vorsicht, und die hier sichtbare Verlangsamung des Wachstums ab 2014 zur Vorsicht.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Wohnbevölkerung wesentliches Wachstum wird erwartet

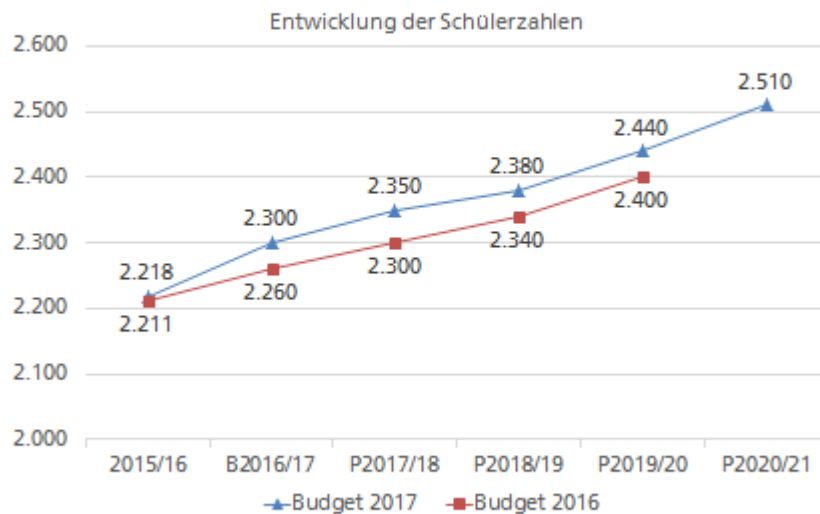


Quelle: Einwohnerkontrolle Zug und Fachstelle für Statistik Kanton Zug. Ab E2016 Schätzungswerte der Stadtplanung

Das Wachstum bei den Beschäftigten und den Einwohnerinnen und Einwohnern verläuft parallel. Man befindet sich in dieser Stadt in einer Phase des Wachstums. Es wird zu mehr Aufgaben und damit grundsätzlich auch mehr Ausgaben der öffentlichen Hand führen.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Erwarteter Anstieg der Schülerzahlen von 2%

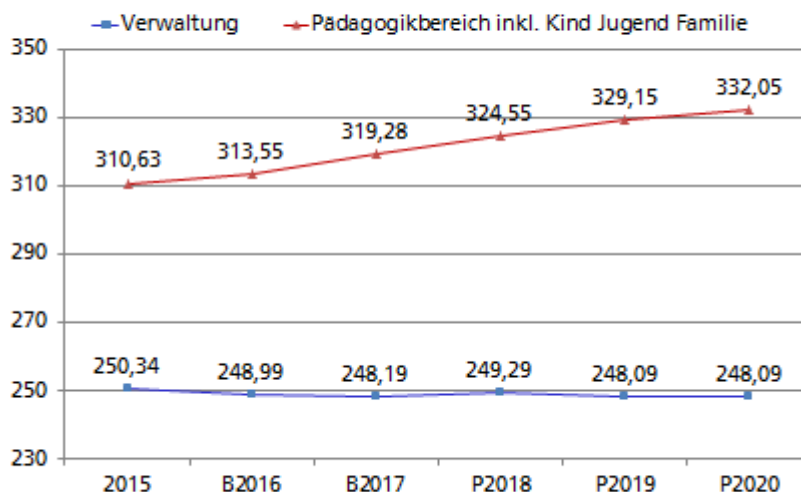


Quelle: Bildungsdepartement, Rektorat

Besonders markant und anhaltend ist der Anstieg bei den Schülerzahlen. Der Vergleich zu 2016, durch die rote Linie dargestellt, zeigt: Die Prognosen müssen laufend nach oben angepasst werden. Zug entwickelt sich zu - oder bleibt, je nach Sichtweise eine "Familienstadt". Im Budget 2017 sind denn auch rund CHF 13,5 Mio. Investitionen in Schulbauten vorgesehen.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Höhere Schülerzahlen benötigen mehr Pädagogikpersonal

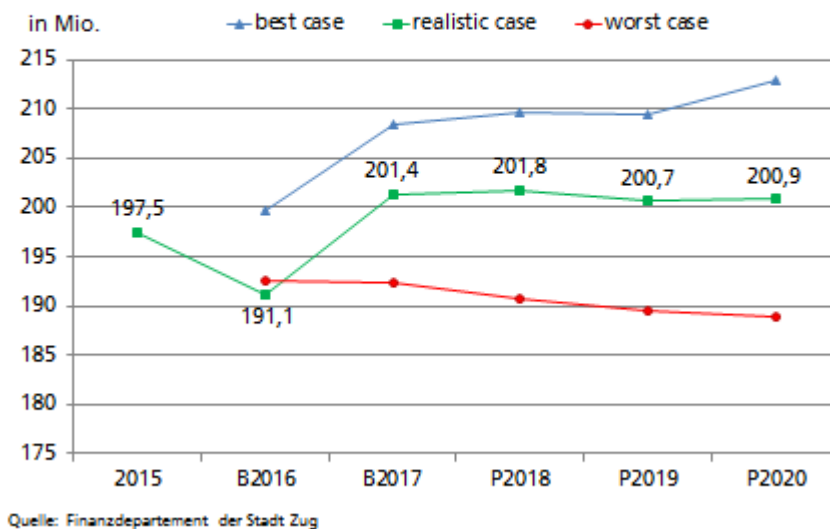


Quelle: Personaldienst der Stadt Zug, Stadtratsbeschluss Nr. 515.16 vom 23. August 2016

In dieser Darstellung ist der Anstieg des pädagogischen Personals ersichtlich. Der Stadtrat ist bemüht, die Klassengrößen zu optimieren. Der Hauptteil des Plus von 5,73 Stellen ist Folge einer Änderung des Lehrerbesoldungsgesetzes. Ohne nennenswerte Veränderung entwickelt sich die Zahl der Verwaltungsangestellten. Gemäss heutiger Sicht kann die Verwaltung die Mehraufgaben dank der Zentralisierung im L&G-Gebäude bis 2020 mit dem gleichen Etat bewältigen.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

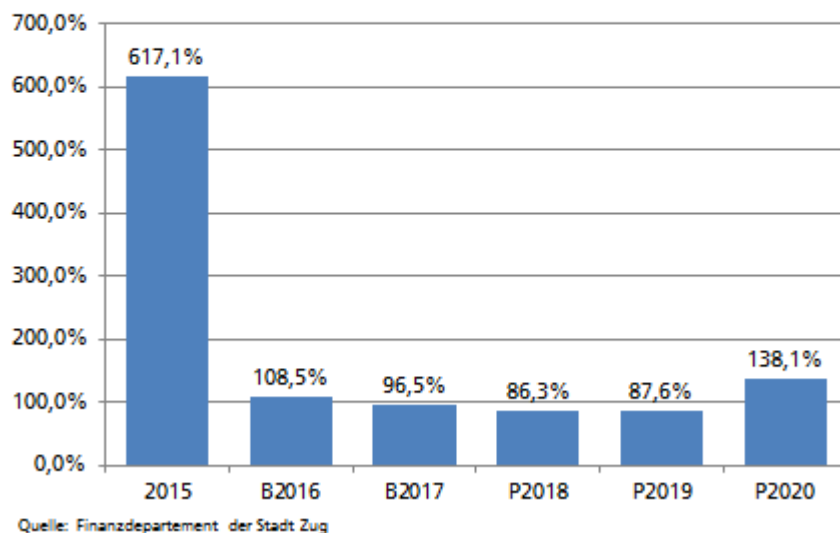
Höhere Einnahmen als im Budget 2016 erwartet



Die Fiskaleinnahmen dürften stabil bleiben - unerwartete Grossereignisse wie Konjunktur-einbrüche ausgenommen. Insgesamt gelang es in den letzten Jahren, die Fiskaleinnahmen durch die breite Abstützung auf verschiedene Quellen und dank der Erfahrung des Finanzsekretärs verlässlich und sehr realistisch zu budgetieren.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Selbstfinanzierungsgrad im Fünfjahresschnitt erfüllt die Strategiegrösse von 100%



Beim Selbstfinanzierungsgrad ist der Stadtrat bemüht, sich nach dem Ausreisser von 2015 wieder auf den vorgesehenen Kurs hin zu bewegen. Die Budgetetierung der Investitionen zeigt sich als sehr anspruchsvoll. Weshalb dem so ist, hat der Stadtrat in seiner Interpellationsbeantwortung vom 16. August ausführlich dargelegt. 2016 werden die Investitionen wesentlich höher als im Vorjahr anfallen, jedoch wird der budgetierte Wert nicht erreicht werden können.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Herausforderungen bleiben

- Umsetzung S/V II
- Entlastungsprogramm des Kantons Zug (Belastung ab 2017 CHF 5.4 Mio.)
- ZFA Reform 2018
- Unternehmenssteuerreform (USR) III
- Bevölkerungswachstum
- Wachstum bei den Schülerzahlen

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Die Herausforderungen durch das Bevölkerungswachstum und den Anstieg der Schülerzahlen hat Stadtrat Karl Kobelt bereits angesprochen, weshalb er sich auf zwei weitere Punkte konzentriert: Bei der Umsetzung von Sparen und Verzichten II wird auch der GGR mit entsprechenden Vorlagen begrüsst, namentlich bei den Anpassung der Gebühren im Betreuungsbereich, den Baubewilligungsverfahren sowie bei der Rabattierung der Konzessionsgebühr der WWZ. Die Unternehmenssteuerreform III birgt Herausforderungen. Am grössten sind sie indes, wenn die Vorlage vom Souverän verworfen würde. In diesem Fall wäre die Akzeptanz des Wirtschaftsstandortes Schweiz und mithin des Standortes Zug im OECD-Raum massiv beeinträchtigt - was negative Folgen auf die Rechtssicherheit hätte und zu Investitionstopps oder sogar zu Abwanderungen von international ausgerichteten Unternehmen führen könnte.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Herausforderungen bleiben

Chancen:

- Geringe Steuerbelastung, Steuerstabilität
- Zug liegt zentral und in der Nähe des Flughafens Zürich
- Geringe Inflation CH
- Hohe Sicherheit
- Wachstumsmärkte
- Verfügbares Personal
- Stabile Rechtssysteme
- Kundenfreundliche Verwaltung

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Die Chancen ergeben sich aus den bekannten Stärken des Standorts Zug wie die fiskalische Attraktivität und Verlässlichkeit, die Lage, das gut ausgebildete Personal, die Rechts- und anderweitige Sicherheit, die Qualität der Verwaltung, die hier aufgelistet sind. Die Stadt Zug kann aus einer Position der Stärke agieren. Dies gibt die Möglichkeit, zukunftsgerichtet zu handeln.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Herausforderungen bleiben

Risiken:

- Generelle Rahmenbedingungen
- USR III, mögliche Wegzüge
- Rechtssicherheit bei negativer Abstimmung
- ZFA Reform 2018, kantonales Entlastungsprogramm
- Verfügbarkeit von zahlbaren Mietflächen
- Rückläufige Unternehmensgewinne und Margen
- Hohe Lebenshaltungskosten und Büromieten
- Fehlende Subventionen für Forschung und Entwicklung

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Die hier aufgeführten Risiken wie mögliche Wegzüge von Firmen, die Folgen eines negativen Ausgangs der Abstimmung zur USR III, das Entlastungsprogramm des Kantons und die ZFA Reform 2018, die rückläufigen Unternehmensgewinne und Margen, die hohen Lebenshaltungskosten, Mieten sowie die Nachteile im Standortwettbewerb durch mangelnde Subventionen für For-

schung und Entwicklung bzw. die Senkung dieser Risiken liegen mehrheitlich ausserhalb der städtischen Einflussmöglichkeiten. Das darf aber nicht dazu verleiten, aus Angst vor Risiken und Gefahren nichts mehr zu wagen. Entwicklungen können nicht aufgehalten werden. Man kann sie aber nutzen. Auch wenn die Stadt Zug niemals Herr der Winde sein wird, ist es doch an ihr, die .gesetzten Segel geschickt auszurichten.

Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Herausforderungen bleiben

Erkenntnisse aus Interviews mit Zuger Unternehmen:

- Standortvorteile im Bereich Steuern, Schweizer Rechtssystem und Infrastruktur erhalten/ausbauen
- Abzug für Forschung und Entwicklung einführen
- Finanzausgleich/Wettbewerb
- Sicherheit und Zuverlässigkeit der nationalen Politik generell
- Umsetzung Masseneinwanderungsinitiative
- Zuwenig Parkplätze am Standort Zug; Siemens Areal
- Geringere Wohnungsmieten fördern

Quelle: Finanzdepartement der Stadt Zug

Die Erkenntnisse aus den Gesprächen mit Firmen haben sich vertieft. Die Qualitäten der Stadt Zug sind bekannt: Die wichtigste Stärke der Behörden ist vielleicht das aktive Zuhören. Daraus gilt es dann die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und Massnahmen abzuleiten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Stadt Zug zurzeit finanziell gut da steht. Die Herausforderungen bleiben auch für die Stadt Zug erheblich. Es wird grosse Anstrengungen und Gemeinsinn brauchen, um den Weg des Erfolgs weiterhin zu beschreiten.

Philip C Brunner, Präsident GPK, hat sich mit Stadtrat Karl Kobelt bezüglich seiner Präsentation nicht abgesprochen und kann deshalb auf das eine oder andere seiner Äusserungen noch speziell eingehen. Stadtrat Karl Kobelt hat tiefgestapelt, er war in seinen Ausführungen äusserst bescheiden. Wenn er die Konsequenz zieht, dass die finanzielle Situation der Stadt Zug gut ist, dann hat er sogar massiv untertrieben. Heute darf Philip C. Brunner zum sechsten Mal das Jahresbudget dieser Stadt im Namen der GPK vorstellen. Und er verrät nicht zuviel, wenn er sagt, dass der heutige Tag ein guter, ein sehr guter Tag für die Stadt Zug ist, - ein eigentlicher Freudentag. Freude herrscht für diese Stadt, für den Stadtrat, für die GPK und für diesen Rat. Darum auch der ehrliche Dank - rückblickend für 2016, aber auch als Ausblick für 2017 - an die Steuerzahler, die natürlichen und juristischen Personen, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt, die nicht immer nur im Büro sitzen, sondern manchmal auch im Einsatz in Kälte, Schnee und Hitze sind für die Bevölkerung - und auch dort, wo es unangenehm sein kann, nämlich bei den öffentlichen WC, beim Aufräumen des gedankenlosen, unglaublichen Littering, angerichtet durch Leute, denen es gut täte, selber die Folgen von nächtlichen Sauforgien usw. zu beseitigen. Aber das ist ein anderes Kapitel. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeitenden des Finanzdepartementes Dominique Selebam und Andreas Rupp und den beiden GPK-Sekretären Steven Korner und Jennifer Solenthaler für ihre Arbeit. - Last but not Least - den Kollegen in der GPK, in der Fraktion, und allen hier

im Parlament, für ihre Kooperation mit Philip C. Brunner. Danke! Und wie in der Schule ist bekanntlich die Note 6 die beste. In der Tat darf Philip C. Brunner sicher sagen: dieses Budget ist das beste Budget, welches die Stadt Zug in den letzten Jahren durch den Stadtrat präsentiert hat. Note 6! Und wie jedes Jahr zuvor hat sich die GPK viel Mühe gemacht, das Budget im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu prüfen und hat es für sehr gut befunden. Drei Änderungsanträge sind ja fast gar nichts - und einer davon ist erst noch eine Erhöhung der Ausgaben, nämlich beim Baudepartement beim Denkmalschutz. Selbst bei den beiden Departementen, bei denen verschiedene Kosten sozusagen aufgrund des Bevölkerungswachstum wachsen, bei der Bildung bzw. der gesellschaftlichen Veränderung der Alterspyramide, beim SUS, stellt die GPK keinen einzigen anderslautenden Antrag. In das Budget hat Stadtrat Karl Kobelt bereits bestens eingeführt. Den GPK-Bericht haben sicher alle aufmerksam gelesen. Die GPK-Sitzung fand vor der Abstimmung über das Entlastungsprogramms statt. Philip C. Brunner hat das Ergebnis in den Kommissionsbericht bereits einfließen lassen und ist zum Schluss gekommen, dass es nicht stimmt. Philip C. Brunner hat ein Nettoertragsergebnis von CHF 4,9 Mio. vorausgerechnet. Dieses ist entstanden mit dem budgetierten Nettoergebnis von CHF 2,1 Mio. und der Belastung durch das kantonale Entlastungsprogramm mit CHF 2,8 Mio. Das ergab CHF 4,9 Mio. Stadtrat Karl Kobelt hat jetzt in seinen Folien noch eine neue Information abgegeben, gibt es doch noch eine weitere erfreuliche Differenz. So fallen noch CHF 0,8 Mio. an, welche die Stadt aufgrund von nicht zu bezahlenden Zinsen einsparen kann. Das effektiv zu erreichende Ergebnis beträgt somit CHF 5,7 Mio. Auch sonst sind die Zahlen ausserordentlich eindrucklich. Eines muss man aber immer sagen: die Einkommens- und Vermögenssteuern in der Höhe von CHF 111 Mio., Kapital- und Ertragssteuern in der Höhe von CHF 83,75 Mio., die Grundstückgewinnsteuern von CHF 6,475 Mio., total über CHF 200 Mio., können zwar schon ins Budget geschrieben werden, aber sie müssen dann auch noch tatsächlich fließen. Dem Stadtrat darf auch ein Kompliment gemacht werden: Die Voraussagen in den letzten paar Jahren waren immer bis zu Punktlandungen bei den entsprechenden Erträgen.

Nun ein Ausblick, ein Fazit und Handlungsempfehlungen: Dies ist eine persönliche Wertung von Philip C. Brunner - es ist möglich, dass nicht alle GPK-Mitglieder es gleich sehen - oder je nach unterschiedlicher Partecouleur vielleicht anders.

Was ist zu tun - welche Dinge sind 2017 von den Finanzen her wichtig - es ist ein 10 Punkte Programm

- 1) Konsolidieren - Konsolidierung: Viele nötige Prozesse sind angelaufen- jetzt braucht es die Ruhe und Gelassenheit, diese Kräfte wirken zu lassen. Philip C. Brunner denkt an Sparen und Verzichten I und II, aber auch an viele andere eingeleitete Massnahmen, welche der Stadtrat in eigener Kompetenz in der Verwaltung getätigt hat. Es braucht jetzt Ruhe und nicht zu viele Aktionitis.
- 2) Steuern können dieses Jahr noch nicht gesenkt werden, auch wenn es aufgrund der potentiell vorliegenden Berechnung möglich wäre. Dies im Zeichen der Stabilität. Nach fünf langen Jahren an Defiziten müssen auch die entsprechenden Reserven wieder gebildet werden, die verbraucht wurden. Die schlechten Zeiten - da ist Philip C. Brunner kein Prophet - werden wieder kommen.
- 3) Investieren - Investieren - Investieren: Vor lauter Sparen, Einsparen und Entlasten wurde dies in den letzten Jahren vernachlässigt. Sinnvolle Investitionen in die Infrastruktur und in die Schulen sind sehr wichtig - aber immer nach Prioritäten und nicht, wie es manchmal den Eindruck von aussen macht, nach gewissen Zufälligkeiten. Diese Investitionen schaffen übrigens auch tiefere Unterhaltskosten für die Zukunft. Das sind wieder die direkten Kosten, welche die Rechnung jährlich belasten.
- 4) Leistungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft beibehalten oder ja sogar ausbauen: Die Wirtschaft ist zu pflegen (Rahmenbedingungen verbessern, Bewilligungspraxis usw.) Man höre auf mit komischen PR-Veranstaltungen und Wirtschaftslunches, das ist einfach nicht das, was Philip C. Brunner als gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft erachtet. Das

Bild der Stadt als geölte Hochleistungsmaschine, die zuverlässig Leistungen erbringt dank motiviertem freundlichem Personal, die begeistert, damit sich ihre Einwohner hier wohl fühlen und mit Freude ihre Steuern bezahlen.

- 5) Unterhalten: Nein nicht mehr Konzerte, sondern wofür die Stadt verantwortlich ist: Wohnungen, Infrastruktur. Im Budget sind Mittel im Mio.-Höhe eingeplant. Sie sollen und müssen auch sinnvoll ausgegeben werden.
- 6) Vorbild sein: Die Stadt muss viel härter nach aussen - auch gegenüber den anderen Gemeinden - auftreten. Jetzt hat die Stadt Zug sie wieder: Die Position der Stärke!. Monika Mathers hat Recht: diese Zentrallasten können nicht noch zusätzlich zum ZFA geleistet werden. Daran ist zu arbeiten.
- 7) Kanton Zug: Kein Widerspruch, mit dem Kanton gut zusammenarbeiten - auch wenn es manchmal schwierig ist. Die Stadt Zug ist die natürliche grosse Verbündete - da ist noch einiges Potential da - "Nützen sie es". Als positives Beispiel sieht Philip C. Brunner die Integration Klasse zusammen mit dem Kanton. Negative Beispiele könnten natürlich auch aufgezählt werden, das tut Philip C. Brunner aber nicht netterweise, denn heute ist ja ein Freudentag.
- 8) Die GPK, Gemeindepräsidentenkonferenz, ist als Koordinationsgremium zwar wichtig. Aber die Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde sind enorm. Der Kanton investiert in eine Strasse zwischen Sihlbrugg und Neuheim CHF 18,5 Mio. Für eine Gemeinde mit einem Steueraufkommen von ca. CHF 4 Mio. Den gleichen Betrag erhält sie zudem noch aus dem ZFA. Die Stadt muss viel mehr ihre Interessen im Auge behalten und sich nicht von diesen Lilliputanern in den Gemeinden auf der Nase herumlaufen lassen. Es braucht Kooperation, die Stadt muss aber das Ganze in der eigenen Hand behalten. Negative Beispiele sind ZEBÄ, wo die Stadt Zug nicht einmal mehr die Öffnungszeiten bestimmen kann, oder das Pflegeheim Baar, das letztes Jahr der Stadt Zug einen schönen Batzen Abschreibungen kostete.
- 9) Freude herrscht: Deinvestieren STOPP: Die Stadt ist nicht mehr auf die Einkünfte aus dem Verkauf von Liegenschaften angewiesen und sollte konsequent diese für ihre Interessen einsetzen und das kann auch im Interesse der Altstadt sein.
- 10) Das Wichtigste: Personalkosten müssen im Auge behalten werden. Das ist der Pferdefuss und ein Kostenblock von CHF 90 Mio. - wo man nicht schnell reagieren kann.

Zum Schluss: Es geht nicht an, dass einzelne Departemente bis zur Erschöpfung sparen, einsparen, verzichten und andere Departemente sich gegen diese Solidarität stellen. Das gibt Missmut und schlechte Stimmung in der Verwaltung - und das will Philip C. Brunner nicht. Er will eine Stadt mit Note 6! In diesem Sinne ersucht Philip C. Brunner den GGR um Zustimmung zu den Anträgen der GPK auf Seite 17 des GPK-Berichtes.

Eliane Birchmeier bemerkt an die Adresse von Philip C. Brunner, dass sie sich nicht wohl fühlt, wenn hier im Rat gewisse Personengruppen so benannt werden wie es sich nicht gehört. Sie würde es sehr schätzen, wenn man hier auch eingreifen würde. Die FDP-Fraktion nimmt sehr positiv zur Kenntnis, dass der Stadtrat als Gesamtgremium Sparen und Verzicht II konsequent vorantreibt und sämtliche Departemente ihren Beitrag dazu leisten. Der Stadtrat hat ein verantwortungsvolles und umsichtig geplantes Budget 2017 vorgelegt, das einerseits die Aufgabenerfüllung auf hohem Niveau sicherstellt und andererseits den Stadtfinanzen Sorge trägt. Für diese Leistung dankt die FDP-Fraktion dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung! Die FDP-Fraktion steht geschlossen hinter den Anträgen der GPK. Die Abstimmung zum kantonalen Entlastungsprogramm fand nach der Sitzung der GPK statt. Die im GPK-Bericht dazu unter Punkt 3.1 gemachten Äusserungen widerspiegeln die Sicht von GGR-Mitglied Philipp C. Brunner, aber nicht die der GPK. Auch wenn der GPK-Präsident hier den GPK-Bericht als Plattform für persönliche Überlegungen genutzt hat, kann die FDP-Fraktion seine Meinung dennoch teilen: Die FDP-Fraktion will genauso am Solidaritätsbeitrag festhalten, keine Veränderung des Budgets 2017, einen

soliden Ertragsüberschuss anstreben und im Moment keine Steuersenkung anvisieren. Damit setzt man Zeichen zugunsten des ZFA: Der Stadtrat soll sein Bestreben für die dringlich notwendigen Anpassungen des ZFA unbehindert verfolgen können. Ein gesunder Finanzhaushalt ist die eine Seite der Medaille. Das Geld so einzusetzen, dass es eine möglichst grosse Wirkung entfalten kann, ist die andere Seite. Wie Eliane Birchmeier das meint, dafür muss ein aktuelles Beispiel aus dem Schulbereich herhalten - notabene einer der grössten Aufwandsposten in diesem Budget: Das Schweizer Schulsystem gehört zu den teuersten weltweit. Trotzdem fällt man in einzelnen Bereichen weit ab. Die Schweiz fällt gar soweit ab, dass man dieses Wochenende zur Kenntnis nehmen mussten, dass fast jeder fünfte Jugendliche nach vollendeter Schulzeit nicht lesen kann. Am Geld kann es ganz offensichtlich nicht liegen und an noch mehr Geld schon gar nicht. Nahe-liegender ist die Vermutung, dass die Mittel nicht wirksam genug eingesetzt sind. Sonst würden sie nicht bei 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler mehr oder minder verpuffen. Eliane Birchmeier weiss nicht, wo die Stadt Zug im Pisa-Ranking steht und hofft, dass die Leistungswerte gut, ja sehr gut sind. Wenn die FDP-Fraktion heute zum Budget 2017 Ja sagt, ist damit gleichzeitig die ernste Aufforderung an den Stadtrat verbunden, die zur Verfügung stehenden Mittel im Bildungsdepartement und in allen anderen Departementen nicht nur buchhalterisch korrekt, sondern auch hinsichtlich ihrer Wirkung effizient, reflektiert und vorausschauend einzusetzen.

Jürg Messmer hat sich nicht unwohl gefühlt beim Votum von Philip C. Brunner, trotzdem ist er nicht ganz so euphorisch wie der GPK-Präsident. Der Stadtrat legt zwar ein ausgeglichenes Budget 2017 vor. Ja, sogar ein positives Rechnungsergebnis von rund CHF 2 Mio. wird prognostiziert. Mit dem Programm Sparen und Verzichten II hat der Stadtrat rechtzeitig auf das kantonale Entlastungsprogramm reagiert und die entsprechenden Schritte eingeleitet. Alle wissen nun, das Entlastungsprogramm wurde vom Zuger Stimmvolk verworfen. Dies bedeutet nun aber nicht, dass der Stadtrat auf Sparen und Verzichten II verzichten kann, nein, auch weiterhin muss gespart und auch verzichtet werden. Selbstverständlich wird die Zuger Regierung mit neuen Vorschlägen kommen und die Stadt wird, auf die eine oder andere Art, vom Kanton wieder zur Kasse gebeten. Auch gibt es noch verschiedene unbekannte Faktoren, die auf die Stadt Zug Auswirkungen haben können: Unternehmenssteuerreform III. Was für Folgen die Einführung, oder wenn vom Volk im Februar 2017 abgelehnt, hat, weiss man schlichtweg noch nicht. Man weiss auch noch nicht, ob es Zu- oder Wegzüge von Gesellschaften gibt. Die Zukunft wird es zeigen. Trotzdem: Weil eben das kantonale Entlastungsprogramm nun nicht wie geplant / oder angedroht daherkommt, können die auf der Folie vorhin aufgezeigten CHF 3,6 Mio. nicht einfach so ausgegeben werden. Daher wird die SVP-Fraktion zwei Anträge stellen, nämlich:

Bei den Beiträgen für Bestattungen ist die SVP-Fraktion klar der Meinung, dass es einer Stadt Zug unwürdig ist, hier bei den Bürgern zu sparen - in einer Situation, die für die Trauernden sowieso schwer ist. Hier soll sich die Stadt Zug grosszügig zeigen und die Kostenbeiträge für die Kremation wieder übernehmen. Die SVP-Fraktion wird in der Detailberatung den entsprechenden Antrag dazu stellen. Den einzelnen Departementen kann man grundsätzlich ein Lob aussprechen. Jedes einzelne Departement versucht zu sparen oder zumindest nicht teurer zu werden. Das Präsidentsdepartement kommt mit fast denselben Zahlen wie im Budget 2016, das Finanzdepartement ist zwar höher als 2016, jedoch knapp CHF 2 Mio. unter der Rechnung von 2015, beim Baudepartement werden gegenüber dem Budget 2016 rund CHF 2 Mio. weniger budgetiert. Und auch im SUS konnte der Aufwand um CHF 1 Mio. reduziert werden. Einzig das Bildungsdepartement kommt der SVP-Fraktion ein wenig vor wie das gallische Dorf aus Asterix und Obelix. Standhaft wehrt sich dieses Departement gegen jegliche Einsparungen. Auch dieses Jahr werden im Budget CHF 3 Mio. mehr aufgeführt gegenüber dem Budget 2016. Es war vorhin von Eliane Birchmeier zu hören: Offensichtlich sind die nicht dort eingesetzt worden, wo es sie gebraucht hätte, den nur so ist es auch erklärlich, dass die Bildung nicht wirklich um so viel besser geworden ist. Hier stellt die SVP-Fraktion den Antrag, pauschal CHF 1 Mio. einzusparen. Dem Stadtrat sei es selbst überlassen,

wo im Bildungsdepartement er diese einsparen will. Wenn der Stadtrat keine Idee hat, wie und wo er diese Million sparen kann, steht die SVP-Fraktion dann gerne zur Verfügung, um über die eine oder andere Idee zu diskutieren. Jürg Messmer ist überzeugt: diese CHF 1 Mio. kann und muss man einsparen. Die Anträge der GPK werden von der SVP-Fraktion mitgetragen. Jürg Messmer bedankt sich bereits jetzt bei allen Ratskolleginnen und -kollegen, dass sie auch die SVP-Anträge mitunterstützen.

Barbara Stäheli: Philip C. Brunner hat Noten verteilt, der Stadtrat hat eine 6 bekommen. Eliane Birchmeier erwähnt die Schule. Barbara Stäheli bleibt dabei und macht mit den Anwesenden eine Lernkontrolle und fragt: "Wissen Sie, welche Statistiken etwas gemeinsam haben und weshalb?" Barbara Stäheli sagt es: Die Wohnbevölkerung und Berufstätige, die Schülerzahlen, die Fiskalerträge der natürlichen Personen und die Personalplanung im Bildungsbereich. Es ist keine schwierige Frage und alle kennen die Antwort. Die Kurven bei diesen Statistiken zeigen nach oben und dies ist auch sachlogisch, da die meisten in einem direkten Zusammenhang stehen. Mehr Einwohner gleich mehr Schülerinnen und Schüler gleich mehr Klassen und Betreuungsplätze und hoffentlich gleich mehr Steuererträge. Vom Jahr 2016 bis ins Jahr 2020 ist eine Zunahme der Beschäftigten von 1'660 Personen geplant, bei den Einwohnerinnen und Einwohnern von 1'350 Personen, nicht berücksichtigt sind hier die künftigen Einwohnerinnen und Einwohner in der Lorzonnallmend. Diese Zahlen und die Entwicklung geben dem Stadtrat ein leuchtendes Strahlen ins Gesicht. Barbara Stäheli scheint, er ist stolz, eine solch florierende und beliebte Kleinstadt zu "regieren" oder wie Philip C. Brunner gesagt hat: eine geölte Hochleistungsmaschine. Diesen Stolz möchte die SP-Fraktion dem Stadtrat nicht nehmen, aber die Fraktion der SP hebt doch den Mahnfinger und fragt sich: soll das Wachstum wirklich grenzenlos sein? Wieviel Wert wird dem qualitativen Wachstum beigemessen, oder ist man mit einem quantitativen zufrieden? Mehr Einwohnerinnen und Einwohner und Beschäftigte fordern auch mehr Investitionen in die Infrastruktur wie Schulhäuser, Strassen, Freizeitanlagen, ÖV und vieles mehr. Hier sei eine kritische Frage erlaubt. Sind diese Investitionen im Investitionsprogramm wirklich genügend abgebildet? Nun zu den Zahlen: Am 7. Juni 2016 hat der GGR Sparen und Verzichten zur Kenntnis genommen. Diese Massnahme entlastet das Budget 2017 um CHF 3,97 Mio. Rein rechnerisch hätte also das Budget 2017 ohne Sparen und Verzichten ein Defizit von rund CHF 1,8 Mio. Der Finanzchef äusserte an der Pressekonferenz zum Budget: "Wir haben die Hausaufgaben gemacht". Dies stimmt so. Es liegt ein Budget mit einem akzeptablen Ertragsüberschuss vor und die Eigenkapitalquote und der Selbstfinanzierungsgrad entsprechen den Vorgaben. Die Fraktion der SP stimmt dem vorliegenden Budget zu und erhofft sich eine seriöse Debatte, ohne unüberlegte Kürzungsanträge. Ein solcher Kürzungsantrag wurde aber soeben schon von der SVP-Fraktion gestellt, CHF 1 Mio. pauschal beim Bildungsdepartement zu kürzen. Das kann Barbara Stäheli definitiv nicht verstehen. Die Einwohnerinnen und Einwohner nehmen zu, die Schülerzahlen zeigen nach oben, es braucht mehr Klassen. Mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien leistet sich die Stadt Zug ein äusserst teures Betreuungsangebot. Dieses Betreuungsangebot ist aber auch etwas, das Familien anzieht. Es gehört dazu, dass Familien auf Betreuungsplätze angewiesen sind und die gute Betreuung der Kinder ist ganz klar ein Standortvorteil für die Stadt Zug. Barbara Stäheli würde fast behaupten: ein ebenso grosser Standortvorteil wie der tiefe Steuersatz. Jetzt will die SVP-Fraktion hier tatsächlich kürzen? Es hat ganz klar mit der Abteilung Kind Jugend Familie zu tun, es ist nicht die Schule selbst, die teurer wird. Die Kosten sind mit den höheren Zahlen nachzuvollziehen. Eigentlich ist klar: diesem Antrag wird die SP-Fraktion sicher nicht zustimmen. Barbara Stäheli hofft, dass dies auch die anderen Ratsmitglieder machen werden. Das Budget 2017 ist gewissenhaft erarbeitet und geprüft. Die SP-Fraktion dankt allen Mitarbeitenden der Stadt Zug sowie dem Stadtrat. Zu den einzelnen Anträgen der GPK wird sich die SP-Fraktion später äussern.

Othmar Keiser: Ein Freudentag! Othmar Keiser dachte, es würde vor allem einer für Vizeratspräsident Hugo Halter, der heute zum höchsten Stadtzuger gewählt würde. Othmar Keiser hat sich sogar extra schön angezogen. Zu Philip C. Brunner halt aber Othmar Keiser fest, dass es nicht nur ein Freudentag ist mit den finanziellen Herausforderungen, die der Stadt Zug bevorstehen. Zum dritten Mal in Serie unterbreitet der Stadtrat ein positives Budget. Das Ergebnis dürfte nach der Zustimmung zum kantonalen Referendum über das Entlastungspaket noch positiver ausfallen. Auch hier gibt es eine verbal anders lautende Aussage: ist es eine Zustimmung zum Referendum oder eine Ablehnung des Pakets? Die CVP Fraktion stellt mit Genugtuung fest, dass

- gerade wegen den in den Vorjahren erarbeiteten und umgesetzten Sparanträgen die Stadt finanziell gut da steht und deshalb heute kein Budgetdefizit unterbreitet werden muss!
- die Entwicklung der Schülerzahlen eine positive Wahrnehmung auf eine gut durchmischte Bevölkerung zulässt
- der Stadtrat in dieser Vorlage und auch mittelfristig keine Steuererhöhung in Betracht zieht, womit er ein wichtiges Zeichen zugunsten von Kontinuität und Verlässlichkeit für juristischen und natürlichen Personen sendet
- die drei Eckpfeiler der finanzpolitischen Führung weiterhin auf einem für Zug und seinen Standort wichtigen Niveau - ohne Übertreibungen und Zügellosigkeiten - gehalten werden konnten

Der sorgsame Umgang mit verfügbaren Mitteln hat sich also gelohnt und muss in der aktuellen Situation aufrechterhalten werden. Der GPK-Bericht gibt die Unsicherheiten und Herausforderung wie vom Finanzverwalter öffentlich kommuniziert sehr gut wieder. Kantonal wie national wachsen die Begehrlichkeiten. Der diesjährige GPK Bericht subsummiert nach Meinung der CVP-Fraktion die Stellschrauben für die Prosperität der Stadt Zug sehr treffend. In drei Punkten wird darauf eingegangen, worauf man sich als Stadtzugerinnen und Stadtzuger sowie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier fokussieren muss, um zukunftsorientiert die hohe Wohn- und Aufenthaltsqualität für die Bevölkerung von Zug zu erhalten und zu pflegen. Im finanzieller Hinsicht sind dies,

- 1) die Auswirkung eines allenfalls unveränderten ZFA
- 2) die Entwicklung von Bevölkerung, Schülerzahlen und Berufstätigen,
- 3) und die Einnahmeseite, die erstmalig mit budgetierten Steuereinnahmen von CHF 200 Mio rechnet

Ist allen aufgefallen, dass die Stadt Zug erstmals mit über CHF 200 Mio. Steuererträgen rechnet? Wie verlässlich sind diese Angaben und Schätzungen des Kantons? Können wirklich bei natürlichen und juristischen Personen je über CHF 5 Mio. mehr Einkommens- resp. Ertragssteuern erwartet werden? Im Februar 2017 kommt es diesbezüglich zu einer für Zug ganz wichtigen Abstimmung. Mit der USR III geht es nicht um lokalen oder nationalen Steuerwettbewerb. Nein, man reagiert auf Kritik seitens der OECD und führt Standards ein, die international anerkannt werden. Gleichzeitig werden wichtige Details der Steuerveranlagung bei den Kantonen belassen. Das Subsidiaritätsprinzip bleibt daher hochgehalten. Natürlich ist auch aufgefallen, dass diese Bevölkerungs- und Berufstätigenzahlen sich erhöht haben, zum Glück aber auch die Schülerzahlen. Bei den Schülerzahlen konnte man sogar davon ausgehen, dass die Prognose von Vorjahren jeweils nicht nur einen Anstieg von 40, 45 oder 50 voraussah, sondern dass diese erhöhte Prognose auch noch um weitere 40 übertroffen wurde. Heisst also, dass man auf fast jedes budgetierte Jahr nur um die Hälfte vorbereitet war auf Basis der Prognose, indessen aber auf dem Niveau von 2000 Schüler und Schülerinnen auf plus 100 Schüler gegenüber dem Vorjahr gekommen ist. Zurück zum Budget: Das Nein zum Referendum des Entlastungspaket erzielte die höchsten Nein-Werte in Zuger Nehmergemeinden wie Cham, Menzingen, Unterägeri und Steinhausen. In bernerischen Manieren profitieren genau diese vier Gemeinden vom innerkantonalen Ausgleich. Das Zeichen an die Stadt Zug ist sonnenklar: es lebt sich generös vom innerkanonalen Ausgleichstopf. Den vier Gemeinden ist gemeinsam, dass sich Grossinvestitionen mitten in der Realisierung befinden oder kürzlich

abgeschlossen wurden. Die gute Stimmung lässt man sich nicht. Insofern ist das Zeichen von Philip C. Brunner betr. Freude herrscht und der Stadt Zug geht es gut, auch ein Zeichen, dass er als Kantonsrat jegliche Legitimität insofern verliert im Sinne von Verhandlungen, dass er überhaupt den Steinhausern, den Ägerern (Unterägeri) und Chamern weismachen will, dass sie dereinst nicht mehr so viel Geld erhalten sollen. Die laufende Rechnung schliesst inkl. den Anträgen der GPK mit einem budgetierten Gewinn von CHF 2,15 Mio. Die CVP ist ebenfalls der Meinung, dass die netto eingesparten CHF 2,8 Mio nach dem Nein zum kantonalen Entlastungspaket II nicht korrigiert werden sollen im Sinne einer aktualisierten Version des Budgets. Zu viele Kleinpositionen müssten dann auch angepasst werden. Gutes zu berichten gibt es auch von der Investitionsrechnung, können den die Vorhaben von total brutto CHF 52 Mio. operativ gestemmt werden. Bewilligte Kredite - der Hauptharst wird im Casino und für die Stadtentwässerung investiert - dürften im Volumen von knapp CHF 24 Mio. umgesetzt werden. Unter den nicht bewilligten Krediten von total CHF 28,5 Mio. dürfte es gleichermassen zu einigen Verspätungen und heissen Diskussionen in den Kommissionen und hier im Rat kommen. Auch figurieren stolze CHF 13,5 Mio. für Schulbauten im Investitionsprogramm 2017-2026, die im kommenden Jahr zur Umsetzung vorgesehen sind. Notabene ist auch der Fall der Naphthalinsanierung von CHF 5,1 Mio. in diesen CHF 13,5 Mio. enthalten. Auch das ist nicht gerade Bildung im herkömmlichen Sinn von Schulbauten. Entscheidend nebst dem Niveau ist für die CVP-Fraktion die volle Erfüllung der drei Eckpfeiler der finanzpolitischen Führung: tiefe Steuern, grosse Verlässlichkeit, gesunde Finanzen und ein Leistungsangebot, nicht nur weil man es sich so gewohnt ist, sondern weil man es braucht für gute Arbeitnehmer, gutes soziales Klima und gute Durchmischung. Die CVP-Fraktion steht grossmehrheitlich hinter allen GPK-Anträgen. Bei einigen dieser Anträge stellt sie in der Einzeldiskussion zusätzliche Fragen. Das Abstimmungsverhalten richtet sich dann je nach der Beantwortung. Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat, den Mitarbeitenden der Finanzverwaltung um Andreas Rupp und Marcel Grepper vom Controlling für die souveräne Ausarbeitung dieser Vorlage sowie die gemachten Einzelschritte im Rahmen des Budgetprozesses. Die CVP-Fraktion sagt Ja zum Budget 2017 und zum Finanzplan 2017 bis 2020.

Monika Mathers: Zum dritten Mal darf der Grosse Gemeinderat wieder über ein Budget befinden, das schwarze Zahlen verspricht. Das ist nicht selbstverständlich, rechnete doch der Finanzplan 2016-2019 noch mit einem Defizit von CHF 2,6 Mio. Der geplante Überschuss ist umso höher zu bewerten, als dass im nächsten Jahr CHF 10,5 Mio. mehr für NFA und ZFA budgetiert werden müssen als 2016. Durch die Ablehnung des kantonalen Entlastungsprogramms im letzten Monat bleiben die zusätzlichen CHF 2,8 Mio., die die Stadt Zug daran hätte zahlen müssen, vorläufig noch in ihrer Kasse. Man tut gut daran, diese im Budget zu lassen, denn eines ist sicher: Die Rechnung des Kantons kommt bestimmt. Die Fraktion Alternative-CSP dankt Andreas Rupp und seinem Team für die übersichtlichen Tabellen und Grafiken im ersten Drittel der Dokumentation. Für Monika Mathers lesen sie sich fast wie ein guter Krimi: Sie sucht, studiert, vergleicht und kommt immer wieder zu neuen Erkenntnissen. So erwartete die Fraktion Alternative-CSP im gedruckten Budget 2015 für das nächste Jahr eine ständige Wohnbevölkerung von 29'150 Personen, 2016 wurde die Prognose um 350 Personen erhöht, und im Budget 2017 nochmals um 150 auf 29'650 Personen angepasst. Wie viele Einwohner es effektiv sein werden, wird man erst in einem Jahr wissen. 500 Personen mehr in nur zwei Jahren! Das bedeutet auch zirka 230 Wohnungen mehr. Noch grösser ist der Zuwachs bei den Beschäftigten. Die Zahl steigt nicht einfach auf hohem Niveau parallel zum Zuwachs der ständigen Wohnbevölkerung. Nein, die Schere zwischen Einwohnern und Erwerbstätigen öffnet sich laut Statistik noch leicht. Im Vergleich zur Planung 2015 werden jetzt für 2017 1'490 Arbeitsplätze mehr erwartet. Zug ist eine Wachstumsstadt. Das bringt nicht einfach nur Glück und Segen. Die Infrastrukturkosten wachsen in den Himmel. Monika Mathers bleibt bei den Arbeitsplätzen. Wenn man berechnet, dass von der ständigen Wohnbevölkerung zirka 2/3 arbeiten, heisst das, dass es in der Stadt Zug ungefähr 19'800 Arbeitsplätze mehr haben wird als

erwerbstätige Bewohner. Wenn dabei noch die Wegpendler berücksichtigt werden, wird klar, warum der Verkehr jeden Morgen fast kollabiert, die Busse und Züge aus allen Nähten platzen. Die Aufgaben in diesem Bereich sind gigantisch. Natürlich wächst mit der Einwohner- auch die Schülerzahl. Sie muss laufend nach oben korrigiert werden. Die Budgetzahlen auf Seite 8 sind bereits überholt, und im Schuljahr 2016/2017 mussten zusätzliche 30 Schüler untergebracht werden. 30 Schüler, das sind fast 1,5 Schulklassen. Wenn all diese Herausforderungen betrachtet werden, die mit dem Wachstum der Stadt zusammenhängen, kann die Fraktion Alternative-CSP nicht verstehen, warum das SUS kein Departementsziel zum Thema Umwelt, Energie und Mobilität definiert hat, den da gibt es Arbeit. Grosses Wachstum kann aber auch finanziell plötzlich kippen, nämlich dann, wenn die Infrastrukturkosten höher ausfallen als die höheren fiskalen Einkünfte. So konnte man in den letzten vier Jahren mit den meisten der zusätzlichen 336 Schülerinnen und Schüler bestehende Klassen auffüllen und musste nur wenige Klassen (Monika Mathers hat von drei Klassen gehört) permanent neueröffnen. Doch einmal sind alle Klassen bei der Richt- oder sogar Höchstzahl angekommen. Dann heisst es: mehr Klassen und mehr Schulraum. Die Planung in Zug West ist gut aufgegleist, wird aber das Investitionsbudget in den nächsten Jahren massiv in Anspruch nehmen. So weit, so gut. Das Budget 2017 ist gut aufgestellt und lässt wieder etwas freier atmen. Doch eines vermisst die Fraktion Alternative-CSP ein wenig: Das Fingerspitzengefühl! Wie immer wieder erwähnt, greifen im Budget 2017 die meisten Massnahmen von Sparen und Verzichten II. CHF 3,9 Mio. sollen es laut Vorlage vom letzten Sommer sein. Die Fraktion Alternative-CSP hat diese nochmals angeschaut und mit dem Budget abgeglichen und ab und zu die Stirn gerunzelt. Spätestens seit dem Verdikt zum kantonalen Sparprogramm weiss man, dass die Bevölkerung es nicht mehr schluckt, wenn an Personengruppen, die nicht organisiert sind oder sich nicht wehren können, gespart wird. Im Juni konnte der Grosse Gemeinderat das Sparprogramm nur zur Kenntnis nehmen. Heute kann der GGR es mit dem Budget doch noch etwas beeinflussen. Die Fraktion Alternative-CSP nimmt deshalb folgende, zum Teil mehr als nur pingelige Einsparungen ins Visier:

1. Wenn ehemalige, verdiente Stadtangestellte sterben, soll die Stadt aus Spargründen keinen Grabschmuck mehr spenden.
2. Der bis jetzt jährliche Pensioniertenausflug der städtischen Angestellten soll aus Spargründen nur noch alle vier Jahre stattfinden. Alte Menschen können aber oft nicht mehr auf vier Jahre hinaus planen.
3. Traditionsgemäss werden in Zug die Hochbetagten ab ihrem 85. Geburtstag geehrt. Nun sollen aus Spargründen die Jubilare anstelle von sechs nur noch zwei Flaschen Wein erhalten.
4. Die Stadt soll aus Spargründen die Kremationskosten, nicht aber die Erdbestattungen für verstorbene Einwohner nicht mehr übernehmen. Diese werden neu den Angehörigen in Rechnung gestellt.

Diese kleinlichen Massnahmen bringen einen Spareffekt von ca. CHF 180'000.00. Die Fraktion Alternative-CSP wird in der Detailberatung beantragen, sie wieder rückgängig zu machen. Bereits in der GPK hat Monika Mathers ein anderes Konto des Sparens und Verzichtens angesprochen. Obwohl in der Sparvorlage beim Hochbauunterhalt der Gebäude von Kultur und Geselligkeit steht, dass der Unterhalt auf das Wesentliche beschränkt würde, packte man noch fast eine Million darauf, unter anderem CHF 150'000.00 für das im Volk sehr umstrittene Dächlein am Pulverturm. Gehört das zum wesentlichen Unterhalt? Oder ist es, wie Monika Mathers kürzlich jemand gesagt hat, "Missbrauchtes Steuergeld"? Wo ist da das berühmte Verzichten? In der GPK wurde der Antrag zur Einsparung dieser CHF 150'000.00 mit dem wohl berechtigten Argument abgelehnt, es sei Tradition in Zug, die Vereine, in diesem Fall der Grosse, Allmächtige und Unüberwindliche Rat von Zug, grosszügig zu unterstützen. Stimmt! Doch war es nicht auch Tradition in dieser Stadt, die ehemaligen Mitarbeiter jedes Jahr zu einem Ausflug einzuladen, die verstorbenen Mitarbeiter mit

einem Grabschmuck zu ehren, den Hochbetagten sechs Flaschen Wein zu schenken und die Kremationskosten für Verstorbene zu übernehmen? Warum misst der Stadtrat mit verschiedenen, manchmal gar kleinlichen Ellen? Für die Mitbewohner in Zug ist der GGR die politische Elite oder, wie es eine der Parteien immer sagt: die Classe Politique. Es ist der Fraktion Alternative-CSP ein Anliegen, dass sie beim ihm, dem Volk bleibt und von ihm nicht Sparmassnahmen erwartet, währenddem andere ihren Luxus erhalten. Die Fraktion Alternative-CSP wird die Anträge während der Detailberatung noch einzeln stellen.

David Meyer dankt dem Stadtrat für das erfreuliche Budget und allen Mitarbeitenden im Finanzdepartement für ihre Arbeit. Der wunde Punkt liegt bei der Bildung. Auf der kantonalen Website steht im Schulinfo: "Steigen die Schülerzahlen moderat an, kann diese Entwicklung über leicht grössere Klassen aufgefangen werden. Für die Gemeinden ist dieses Szenario mit tieferen Kosten verbunden." Was nicht auf der Website steht: "ausser für die Stadt Zug, für die darf es "es bizzeli meh si". Für David Meyer zeichnet sich ab, dass unter dem Deckmantel "höhere Schülerzahlen 2017" diverse Ineffizienzen vertuscht werden. Denn seit letzter Woche gibt es sie wieder, die PISA-Studie. Ein Zitat aus der NZZ: "In Mathematik verlor die Schweiz 10 Punkte, in den Naturwissenschaften 9 und im Lesen gar 17 Punkte. Damit fällt sie noch unter das Niveau von 2009 zurück als die Resultate einen eigentlichen PISA-Schock ausgelöst hatten." Vorhin hörten die Anwesenden etwas über Statistiken, die nach oben gehen. Die PISA-Statistik ist jetzt eine, die nach unten geht. Offenbar hat alles Geld nichts genutzt. Mehr Geld, weniger Wirkung. Ergo, es sind strukturelle Mängel oder einfach gesagt: man macht es falsch. Es komme also keiner mit dem Sprichwort "Bildungsabbau" daher, wenn man in diesem Rat bei der Schule, bei der Bildung nicht alles einfach durchwinkt.

Detailberatung

Bericht und Antrag des Stadtrates (S. 1 bis 26)

Keine Wortmeldungen

Hauptzahlen (S. 28)

Keine Wortmeldungen

Erfolgsrechnung nach Sacharten (S. 29)

Departementsziele (S. 31 bis 35)

Rainer Leemann zum *Präsidialdepartement, Departementsziel 4*: Noch vor kurzer Zeit hatte Rainer Leemann enorm Freude an der Innovationstätigkeit des Stadtrat. Nun jedoch, mit der Unterzeichnung dieser Charta, fällt er wieder zurück. Langsam aber sicher ist diese ewige Genderdiskussion kontraproduktiv. Rainer Leemann behauptet sogar, dass je länger über dies geredet wird, desto weniger kommt man voran. Rainer Leemann will jetzt da keine Genderdiskussion auslösen obwohl er noch einiges dazu zu sagen hätte. Sein Anstoss jedoch ist die Vielfalt als Ganzes anzuschauen. Alter, Familienumfeld, Rasse, Herkunft, körperliche Fähigkeit, Umfeld wo man aufwächst, Religion, sexuelle Orientierung, Ausbildung, usw. In dieser Vielfalt ist die Genderdiskussion nur ein Teil davon und solche Diskussionen sollten zusammen angeschaut werden. Die notwendigen Instrumente dazu gibt es. Die GPK glaubt, dass dies ohne Mehraufwand geht. Anliegen in der Charta: Punkt 1, Sensibilisierung: ok. Punkt 2-5, regelmässige Überprüfung, Einführung Kontrollmechanismen, Information von Ergebnissen: Dies soll ohne Mehrarbeit geschehen? Die GPK glaubt's, Rainer Leemann nicht. Daher: wenn schon Zeit investiert wird, dann richtig.

Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung

1 Präsidialdepartement (S. 36 bis 40)

KST 1100: Stadtrat

Monika Mathers zu *Konto 3170.50, Freier Kredit Stadtrat*: Im Rahmen von Sparen und Verzichten II wurde für Grabspenden für verstorbene Mitarbeitende ein Betrag eingespart. Monika Mathers stellt sich vor, ihre Mutter hätte Jahrzehnte für die Stadtverwaltung gearbeitet. Nun stirbt sie, und die Stadt schickt aus Spargründen kein Blumengebinde. Das kann es nicht sein! Die Fraktion Alternative-CSP geht davon aus, dass es sich bei dieser Einsparung um ca. CHF 5'000.00 handeln könnte. Sie beantragt daher eine Erhöhung dieser Budgetposition um CHF 5'000.00 von CHF 75'000.00 auf CHF 80'000.00.

Gregor R. Bruhin: Die Grabspenden für verstorbene Mitarbeitende werden gar nicht über diese Kostenstelle abgerechnet, sondern unter KST 1500, Personaldienst.

Monika Mathers: Bei Sparen und Verzichten II steht beim Freien Kredit des Stadtrates als Begründung: „Auf Grabspenden bei ehemaligen Mitarbeitenden wird verzichtet.“ Also muss es bei dieser Kostenstelle sein.

KST 1200: Stadtkanzlei, Archiv

Monika Mathers zu *Konto 3199.12, Altersehrungen*: Die Fraktion Alternative-CSP beantragt eine Erhöhung um CHF 25'000.00 auf CHF 40'000.00. Es ist nicht einzusehen, warum aus Spargründen den Hochbetagten nur noch zwei statt sechs Flaschen Wein übergeben werden können. Das ist kleinlich. Selbstverständlich kann der Stadtrat dazu nicht gezwungen werden, aber der GGR hat die Möglichkeit, dieses Konto um den entsprechenden Betrag zu erhöhen.

Gregor R. Bruhin nennt dazu ein kleines Beispiel: Seine 86-jährige Nachbarin erhielt zu ihrem 85. Geburtstag diesen Wein geschenkt und sagte dazu Gregor R. Bruhin, dass sie gar nicht wisse, was sie mit sechs Flaschen Wein anfangen solle. Sie hat sich sehr gefreut über die Geste, dass man an sie denkt, dass man ihr zwei Flaschen Wein vorbeibringt und ihr zum Geburtstag gratuliert. Das hat sie sehr gefreut und nicht die quantitative Anzahl der Flaschen Wein. Bei gewissen Altersklassen geht sogar der Stadtpräsident oder ein Mitglied des Stadtrates persönlich vorbei und gibt das Geschenk ab. Es ist der symbolische Akt, der Freude bereitet, und nicht die Quantität. In diesem Sinne ersucht Gregor R. Bruhin um Ablehnung dieses Antrages.

Monika Mathers: Vielleicht ist die Nachbarin von Gregor R. Bruhin eine einsame Frau. Viele möchten den runden Geburtstag noch mit Freunden und Bekannten feiern, dann wären aber sechs Flaschen Wein schon schön. Vor allem findet es Monika Mathers kleinlich, wenn die Stadt auf diese Art spart.

Stefan Moos fasst alle von Monika Mathers im Grundsatzvotum angesprochenen Anträge zusammen: Grundsätzlich hat Stefan Moos Sympathien für die Aussagen und Argumentationen von Monika Mathers. Aber die Kleinlichkeit, wie sie genannt wurde, ist immer auch relativ, wie auch in der Begründung von Gregor R. Bruhin zu hören war. Es ist auch relativ kleinlich, wenn man aus Spargründen den GGR-Ausflug streicht oder auf das GGR-Weihnachtsgeschenk verzichtet. Stefan Moos hat das immer sehr geschätzt, leisten doch alle GGR-Mitglieder sehr viel Arbeit durch das Jahr durch. Es ist aber in Ordnung: Es sind kleine Sachen, aber Kleinvieh macht eben auch Mist oder man muss eben auch kleine Brötchen backen. Stefan Moos geht daher davon aus, dass die Fraktion der FDP diesen Anträgen nicht zustimmen wird.

Stadtpräsident Dolfi Müller ist für das Emotionale zuständig in dieser Stadt, weshalb er sich zu diesen Fragen äussern wird. Zum Verhältnis des Paketes Sparen und Verzichten II zu dieser Budgetdebatte: Das Paket Sparen und Verzichten II wurde hier im Rat behandelt, man hätte sich dazu äussern können. Der Stadtrat hat immer betont, Sparen und Verzichten 2 sei kein Schmerzprogramm, es sei aber unangenehm. Sparen ohne unangenehme Auswirkungen geht einfach nicht. Dafür ist der Stadtrat hingestanden und hat heute sogar noch die Note 6 erhalten, dafür vielen Dank. Noch schöner war der Tatbeweis der GPK, welche nicht noch 127 Anträge gebracht hat, sondern den Job des Stadtrates als gut beurteilte. Die Stadt Zug ist finanziell gesehen ein topfiter Sportler, dem aber 2008 ein sehr schwerer Rucksack angehängt wurde. Mit Sparen und Verzichten II ist die Stadt Zug noch fiter geworden. Jetzt muss man sich aber wieder mit Fragen beschäftigen, die in diesem Paket bereits abgehandelt wurden. Es ist eine etwas absurde Situation, wenn der GGR nicht Budgetkürzungen, sogar -erhöhungen verlangt, und dies in voller Kenntnis, dass der Stadtrat für diese Bereiche zuständig ist. Über das Geld kann der GGR den Stadtrat negativ steuern - das tut er auch - positiv ist das aber nicht möglich, das geht gar nicht. Man muss den Mut haben und dazu stehen, dass man etwas unangenehm ist. Es ist etwas unangenehm, wenn der Grabschmuck nicht mehr geliefert wird. Die Kondolenzschreiben usw. werden aber selbstverständlich nach wie vor geschrieben. Stadtpräsident Dolfi Müller gibt Gregor R. Bruhin Recht: Es geht um die Geste, die Leute haben Freude, wenn die Stadt an sie denkt. Die Streichung des Grabschmuckes verantwortet der Stadtrat, auch das Thema Wein. Der Stadtrat hat bereits Wein in 2-er Kartons bestellt, sie sind bereits geliefert. Der Stadtrat hat gehandelt. Zum Thema Rentnerausflug: Stadtpräsident Dolfi Müller musste 2016 auf den Rentnerausflug nach Schaffhausen gehen. Er ist hingestanden und informierte die Rentner. Dann kam die Reaktion: Diese Rentner sind nicht passiv, sondern aktiv. So haben sie bedauert, dass sie sich so nur noch alle vier Jahre sehen könnten. Sie haben sich daher bereit erklärt, 2018 einen kleineren Ausflug selber zu bezahlen und auch bei der Vorbereitung zu helfen. In vier Jahren gibt es dann wieder den grossen Ausflug. Damit ist es nicht mal mehr unangenehm, wurden doch die Rentner so weit gebracht, dass sie selber aktiv sind. Was kann also Besseres passieren! „Hören wir auf mit dem Bild des armen Mütterlis, das sich nicht wehren kann.“ Genauso sind diese Leute nämlich nicht. Stadtpräsident Dolfi Müller ist in zwei Jahren auch pensioniert und wird sich auch wehren, das kann es nicht sein. Gregor R. Bruhin hat es richtig gesagt: das betreffende Konto ist die Personalbetreuung. Das ist aber nicht das Thema, das kann auch geändert werden.

Monika Mathers fand das nichts anders als penibel und möchte daher auch eine kurze Geschichte erzählen: Es geht genau um das Thema, weshalb die Stimmbürger genug haben, auch in andern Ländern, weil so obendurch politisiert wird. Barbara Müller und Monika Mathers waren gestern zwei Stunden bei der Bushaltestelle Steinhof und haben den Leuten zur Freude der Wiedereröffnung ein Weihnachtsguezli gegeben. Es hätten alle sehen sollen, wie die Leute reagiert haben. Eine Frau sagte beispielsweise Monika Mathers: „Ich hätte es ja nie geglaubt, dass es der Stadtrat fertig bringt, einmal wieder von einem seiner Fehlentscheide zurückzutreten.“ Ein Buschauffeur hat gesagt: „Ich fahre jetzt schon den ganzen Morgen da durch, und es gibt nirgends so viele zufriedene Gesichter wie am Steinhof.“ Was aber jetzt Stadtpräsident Dolfi Müller gesagt hat, dass man auch beim Kleinen sparen muss: Warum ist der Unterhalt der Hochbauten des Verwaltungsvermögens um CHF 1 Mio. gestiegen, obwohl das im Sparen und Verzichten II enthalten war? Man betrachtet beispielsweise das Dächlein am Pulverturm als wesentlichen Unterhalt. Entschuldigung, aber hier geht es um einige tausend Franken, dort geht es um CHF 100'000.00 und mehr, trotzdem wird behauptet, es sei notwendig für eine Stadt mit einem Budget von über CHF 260 Mio.

Urs Bertschi möchte sich bei dieser Fundamentaldiskussion nicht raushalten: Er hat den Stadtpräsidenten schon lange nicht mehr so engagiert und emotional gesehen. Bei den Römern hiess *minimanum cura praetor*, er hat sich aber heute voll ins Zeug gelegt - für nichts und wieder nichts -. Wie relativ diese Diskussion letztlich ist, mag folgendes Beispiel beweisen: „Ich hätte lieber zwei Flaschen Chateau Pétrus statt sechs Flaschen Beerliwein!“

Abstimmung

über den Antrag der Fraktion Alternative-CSP, KST 1100, Stadtrat, Konto 3170.50, Freier Kredit Stadtrat, um CHF 5'000.00 auf CHF 80'000.00 zu erhöhen:

Für den Antrag der Faktion Alternative-CSP stimmen 7 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 7 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat. Konto 3170.50, Freier Kredit Stadtrat, bleibt somit unverändert bei CHF 75'000.00 bestehen.

Abstimmung

über den Antrag der Fraktion Alternative-CSP, KST 1200, Stadtkanzlei Archiv, Konto 3199.12, Altersehrungen, um CHF 25'000.00 auf CHF 40'000.00 zu erhöhen:

Für den Antrag der Fraktion Alternative-CSP stimmen 9 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 9 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat. Konto 3199.12, Altersehrungen, bleibt somit unverändert bei CHF 15'000.00 bestehen

KST 1500 Personaldienst

Ratspräsidentin Karin Hägi: Die GPK beantragt-Konto 3010.50, *Löhne Personal Stellenpool*, um CHF 127'300.00 auf Null zu reduzieren.

Monika Mathers zu *Konto 3099.20, Personalbetreuung (Personalanlässe)*: Die Fraktion Alternative-CSP beantragt eine Erhöhung um CHF 60'000.00 von CHF 144'500.00 auf CHF 204'500.00. Die Fraktion Alternative-CSP sieht nicht ein, warum hier bei den Pensionierten gespart werden soll. Der Betrag ist zu klein. Monika Mathers mag es den Pensionierten auch gönnen, sie gehört ja nicht dazu. Monika Mathers fragt sich auch, ob der Ausflug für die Pensionierten tatsächlich CHF 60'000.00 kostete, wie im Sparen und Verzichten II angegeben ist. Ihrer Meinung nach müsste es viel weniger sein.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Der Stadtrat übernimmt den Antrag der GPK nicht, alle übrigen Anträge der GPK werden hingegen übernommen. Hier läuft so eine Art Pingpong-Spiel ab. Die Stellenprozente sind Sache des Stadtrates und das bleibt auch so. Man kann aber nicht behaupten, der Stadtrat nehme diese Kompetenz unsorgfältig wahr, im Gegenteil: Der Integrationsbeauftragte wurde - was auch nicht allen gefallen hat - gestrichen. Der Stadtrat braucht aber bei den Stellenprozenten eine gewisse Flexibilität. Diese erhält er genau durch diesen Stellenppool, z.B. bei der Frage der Umwandlung von langfristigen Aushilfen in feste Stellen. Das wird gegenüber dem GGR absolut transparent aufgezeigt. Jetzt kommt das komische Pingpong-Spiel: Der Stadtrat weist die Stellenprozente gegenüber der GPK aus. Diese streicht dann dieses Geld mit 4:3 Stimmen aus dem Budget. Dieses Pingpong kann man ohne weiteres die nächsten vier oder fünf Jahre weiter machen, bis es einem dann stinkt. Das ist aber nicht der richtige Weg. Stadtpräsident Dolfi Müller geht davon aus, dass der GGR auch einmal sagt: „Ok, dieser Stadtratsantrag betr. Verwendung

Stellenpool, ist für uns sinnvoll und wir streichen daher das Budget nicht.“ Der Stadtrat erachtet bereits den Antrag für das Budget 2017 als sinnvoll und ersucht um diese Flexibilität - eine Exekutive braucht das.

Gregor R. Bruhin hat als GPK-Mitglied das Präsidialdepartement besucht und dieses Thema auch schon vordiskutiert. Andererseits arbeitet er im Personalwesen und kennt sich hier relativ gut aus. Gregor R. Bruhin hat auch früher schon im städtischen Personaldienst gearbeitet. Grundsätzlich gibt es in keiner anderen Firma, in der Gregor R. Bruhin gearbeitet hat, Reservepools und Stellenprozente, bei denen man ausgleichen und sie nach eigenem Gutdünken einsetzen kann. Was es aber gibt, sind Aushilfsbudgets. Das gibt es auch hier unter jeder Kostenstelle. Der Stadtrat budgetiert über das hauptamtliche und nebenamtliche Personal die festen Stellen. Dort kann ein Bedarf ausgewiesen werden. Wenn der Bedarf begründet ist, spricht der GGR, welcher für die Finanzen zuständig ist, das Geld. Wenn man unter dem Jahr einen Engpass und eine hohe personelle Belastung feststellt, und man nicht genügend Mitarbeitende am richtigen Ort hat, sind praktisch bei jeder Kostenstelle Aushilfsgelder budgetiert. Man kann also mit dem Aushilfsbudget bis zur nächsten Budgetrunde überbrücken. Dann kann mehr Geld beim hauptamtlichen Personal budgetiert werden, um diesen Engpass definitiv zu beheben. Flexibilität ist also genügend vorhanden. Dieser Stellenpool ist ein Luxus, den es überhaupt nicht braucht.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, Konto 3010.50, Löhne Personal Stellenpool, um CHF 127'300.00 auf Null zu reduzieren:

Für den Antrag der GPK stimmen 25 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 12 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 25:12 Stimmen den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Konto 3010.50, Personal Stellenpool, wird somit um CHF 127'300.00 reduziert.

Abstimmung

über den Antrag der Fraktion Alternative CSP, Konto 3099.20, Personalbetreuung (Personalanlässe) um CHF 60'000.00 von CHF 144'500.00 auf CHF 204'500.00 zu erhöhen:

Für den Antrag der Fraktion Alternative-CSP stimmen 7 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 7 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat. Konto 3099.20, Personalbetreuung (Personalanlässe) bleibt somit bei CHF 144'500.00 unverändert bestehen.

Philip C. Brunner, Präsident GPK, zu Konto 3064.10, Ruhegehälter, Zusatzbeiträge auf Renten: In der Debatte ist etwas der Eindruck aufgekommen, dass die Stadt auf Kosten der Mitarbeitenden und Pensionierten spare. In diesem Konto ist der Betrag von CHF 900'000.00 enthalten, was zeigt, dass die Stadt sehr viel für ihre Mitarbeitenden und indirekt auch für ihre Pensionierten macht. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Stadt unsozial mit ihren Mitarbeitenden umgeht. Philip C. Brunner verweist auf die Beilage 2 zum GPK-Bericht, wo die Leistungen der Stadt an ihre Mitarbeitenden ersichtlich sind. Gerade der Bereich Pensionskasse kommt dabei etwas schlecht weg. Hier ist die Verteilung nicht 50/50, sondern je nach Altersstufe bis zu 60/40. Auch wenn es zukünftig nur noch zwei Flaschen Wein für Hochbetagte gibt, appelliert Philip C. Brunner daran, zu berücksichtigen, dass die Stadt Zug sehr viel für ihre Mitarbeitenden tut. Des Weiteren sei festgehalten, dass die Personalkosten einen Betrag von CHF 88,8 Mio. ausmachen. Darin ist alleine eine

Erhöhung von CHF 2,2 Mio. für die Lehrpersonen, CHF 1,6 Mio. Löhne der Lehrpersonen durch Erweiterung der Pensen und Beförderungen, CHF 0,6 Mio. für mitsteigende Sozialleistungen, CHF 400'000.00 höhere Überbrückungsrenten infolge von steigenden Zahlen der neu zu pensionierenden Mitarbeitenden und CHF 400'000.00 für Beförderungen enthalten. Philip C. Brunner möchte damit dem Eindruck entgegen, dass hier eine Sparübung auf Kosten des Personals und der Pensionierten durchgezogen wird.

KST 1700: Einwohnerdienste

Monika Mathers zu *Konto 3199.17, Kostenbeiträge Bestattungen*: Die Fraktion Alternative-CSP beantragt eine Erhöhung dieser Budgetposition um CHF 93'000.00 von CHF 5'000.00 auf CHF 98'000.00. Monika Mathers erhofft sich bei diesem Antrag mehr Chancen, weil die SVP ohne Absprache zum selben Ergebnis gekommen ist. Die Fraktion Alternative-CSP ist nicht einverstanden, dass aus Spargründen den Angehörigen der Verstorbenen neu die Kremationskosten verrechnet werden sollen.

Jürg Messmer: Die SVP-Fraktion freut es, dass die Fraktion Alternative-CSP ihren Antrag mittragen wird. Die SVP-Fraktion stellt nämlich ebenfalls den Antrag, Konto 3199.17 um CHF 93'000.00 zu erhöhen. Der Stadtrat soll beauftragt werden, die Kremationskosten wieder zu übernehmen, dies auch im Sinne der Gleichbehandlung gegenüber Erdbestattungen.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Das Thema braucht Pietät, von daher ist jetzt nicht der Ort für irgendwelche Sprüche. Nichts desto trotz geht es um Erbenschutz. Das ist keine Staatsaufgabe. Es gibt Leute, die diese Kosten nur sehr schwer bezahlen können. Für sie gibt es die Härtefallsumme von CHF 5'000.00. Allen anderen ist diese Zahlung zumutbar. Der Stadtrat hat schon gehandelt und das Reglement bereits abgeändert. So erfolgt die Bestattung auf Kosten der Stadt, was anbelangt: die amtlichen Publikationen, Transporte der Verstorbenen innerhalb des Kantons, Überführung in ein Krematorium, jedoch nicht mehr die Kremationskosten. Genauso wird dies auch in anderen Kantonen und Städten gehandhabt. Die Stadt Zug hat sich entsprechend kundig gemacht.

Monika Mathers scheint die Erklärung an sich logisch, jedoch versteht sie nicht, dass die Stadt die Kosten für die Erdbestattung bezahlt. Diese kostet auf die Jahre hinaus (Pflege der Grabfelder) sicher sehr viel mehr als die Kremation. Monika Mathers versteht auch etwas anderes nicht: Immer wenn man etwas nicht tun will, bezieht man sich auf andere Kantone. Wenn es aber um die Tiefsteuerpolitik geht, dann will man immer besser sein als alle anderen.

Abstimmung

über den Antrag der SVP-Fraktion und der Fraktion Alternative-CSP, Konto 3199.17, Kostenbeiträge Bestattungen, um CHF 93'000.00 auf CHF 98'000.00 zu erhöhen:

Für den Antrag der Fraktion der SVP und der Fraktion Alternative-CSP stimmen 17 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 18 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 17:18 Stimmen den Antrag der Fraktion der SVP und der Fraktion der Alternative-CSP abgelehnt. Konto 3199.17, Kostenbeiträge Bestattungen, bleibt somit bei CHF 5'000.00 unverändert bestehen.

2 Finanzdepartement (S. 41 bis 49)

KST 2224: Sport und Freizeit

Ratspräsidentin Karin Hägi: Der Stadtrat übernimmt den Antrag der GPK, Konto 3111.10, Kauf Maschinen, Gerätschaften, Apparate, um CHF 49'000.00 auf CHF 34'000.00 zu kürzen.

KST 2225, Kultur und Geselligkeit

Monika Mathers zu *Konto 3174.10, Unterhalt Hochbauten Verwaltungsvermögen*: Die präsentierte Folie zeigt, wie genau man es beim Sparen und Verzichten nimmt. So wurde im Juni gesagt, der ganze Betrag werde auf CHF 1,25 Mio. gekürzt und der Unterhalt nur auf das Wesentliche beschränkt. Das gleiche Konto zeigt ein halbes Jahr später ein Budget von CHF 2,211'700.00. Jetzt sind das Vordach beim Pulverturm und werterhaltene Massnahmen beim Gottschalkenberg aufgeführt. Die werterhaltenen Massnahmen können vom GGR nicht geprüft werden, das Pulverdach-Vordach ist aber absolut kein Unterhalt, der sein muss. Es stimmt also nicht, was Stadträsident Dolfi Müller vorhin sagte, dass nicht bei den kleinen Positionen grosse Verzichte vorgesehen seien. Hier wird einem Verein, das Vordach, das dieser schon lange will und auch schon lange dafür kämpft, gegeben. Dann muss man plötzlich nicht mehr sparen, da zählt Sparen und Verzichten II nicht mehr. Monika Mathers beantragt namens der Fraktion Alternative, diese Position um CHF 150'000.00 auf CHF 2'061'700.00 zu reduzieren.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident: Die GPK hat diesem Antrag mit 2:5 Stimmen abgelehnt. Die Begründung ist aus dem GPK-Bericht ersichtlich. Philip C. Brunner wechselt nun den Hut und gibt seine Interessensbindung bekannt: Er hat früher einmal eine Interpellation zum Vordach des Pulverturms eingereicht. Es geht nicht nur um diesen Verein, sondern um die Funktionalität des Pulverturms. Dieser Turm stammt aus dem Mittelalter. Wenn es regnet, müssen Raucher draussen ungeschützt stehen. Ein Vordach ist eine gute Sache, weshalb Philip C. Brunner bittet, diesen Kürzungsantrag abzulehnen. Es geht hier um eine Rechthaberei. So wird aus dem ganzen Budget irgendetwas herausgebrochen und gross präsentiert. Philip C. Brunner kennt die Motivation von Monika Mathers nicht. Das Vordach ist etwas Sinnvolles und Nützliches. Philip C. Brunner kann dem Stadtrat nur danken, dass er bereit war, dieses Anliegen, das auf weitere Vereine, die diesen Pulverturm nutzen, hinausgeht, aufgenommen hat. Wenn sich jetzt eine Lösung zeigt, die auch vom Denkmalschutz unterstützt wird, sollte man sie auch nützen.

Ignaz Voser: Die Diskussion hat aufgezeigt, dass es um die Verhältnismässigkeit geht. Wenn Stadtpräsident Dolfi Müller zu Pensionierten an Rheinfall gefahren, dabei auf sehr grosses Verständnis gestossen ist für einen vierjährigen Ausflug und zudem die Pensionierten sogar einen Beitrag leisten, indem sie den Ausflug in eigener Regie zwischendurch organisieren und bezahlen würden, da fragt sich beim Pulverturm, wieso diesen Rauchern nicht zuzutrauen ist, ihre Eigeninitiative in einen Regenschirm umzusetzen und mit diesem vor dem Pulverturm zu rauchen? Das muss nicht die Stadt Zug finanzieren, weshalb die CHF 150'000.00 in diesem Zusammenhang durchaus stossend sind. Die Verhältnismässigkeit ist so nicht gewahrt. Der Pulverturm ist ein historisches Gebäude, da gab es nie ein Dächlein. Es war ein Wehrturm und kein Eventlokal.

Abstimmung

über den Antrag der Fraktion Alternative-CSP, Konto 3144.10, Unterhalt Hochbauten Verwaltungsvermögen, um CHF 150'000.00 auf CHF 2'061'700.00 zu kürzen:

Für den Antrag der Fraktion Alternative-CSP stimmen 16 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 16:19 Stimmen den Antrag der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat. Konto 3144.10, Unterhalt Hochbauten Verwaltungsvermögen, bleibt somit unverändert bei CHF 2'211'700.00 bestehen.

KST 2230: Städtischer Wohnungsbau

Isabelle Reinhard zu *Konto 3010.20, Löhne Nebenämter/Aushilfen*: Hier ist ein Betrag von CHF 66'600.00 budgetiert. Handelt es sich bei der Aushilfe zur Einführung und Umsetzung der Richtlinien für die Zuteilung der preisgünstigen Wohnungen um eine befristete Stelle? Kann diese Aufgabe nicht in einem üblichen Arbeitspensum bewältigt werden, braucht es hierzu eine Stellen-erhöhung? Um wieviele Stellenprozente geht es?

Stadtrat Karl Kobelt: Es handelt sich um eine befristete Stelle. Die für die Umsetzung der Richtlinien für die Zuteilung der preisgünstigen Wohnungen notwendigen Stellenprozente stehen im Moment nicht fest, der Stadtrat geht aber von ein bis zwei Personen aus. Der Aufwand ist relativ gross, wenn es darum geht, mit den Leuten zu korrespondieren und auch die entsprechenden Rückmeldungen der Wohnenden auszuwerten. Stadtrat Karl Kobelt ersucht, diesem Budgetposten zuzustimmen.

KST 2870: Städtische Beiträge/Hilfeleistungen

Rupan Sivaganesan zu *Konto 3638.20, Hilfeleistungen ins Ausland*: Die SP-Fraktion beantragt, diese Budgetposition von CHF 30'000.00 um CHF 70'000.00 auf CHF 100'000.00 zu erhöhen. Vor gut sechs Monaten hat der GGR bei der Jahresrechnung 2015 über den Ertragsüberschuss und dessen Verwendung diskutiert. Dabei ging es darum, aus dem Ertragsüberschuss je CHF 225'000.00 für Kultur und Sport, sowie CHF 300'000.00 für Hilfeleistungen im Ausland aufzuwenden. Des Weiteren hier zur Erinnerung: die Stadt Zug schloss die Jahresrechnung mit einem Plus von CHF 7,6 Mio ab. Leider lehnte der Rat mit 24:12 Stimmen ab, den Überschuss für gemeinnützige Zwecke zu verwenden, wie dies seit 20 Jahren Tradition ist, sondern es wurde der bedauerliche Entscheid gefällt, das gesamte Geld als Steuerreserve (Steuerausgleichsreserve) zurückzubehalten. Über 200 Stadt Zugerinnen und Zuger - darunter auch eine Reihe von prominenten Namen und PolitikerInnen - haben mit einem offenen Brief gefordert, ein Zeichen zu setzen und die CHF 300'000.00 dem ursprünglich vorgesehenen Zweck der Auslandhilfe zufließen zu lassen. Davon hat die SP-Fraktion ebenfalls Kenntnis genommen. Rupan Sivaganesan wird an dieser Stelle nicht weiter auf die aktuelle Flüchtlingskrise eingehen, man erhält täglich Medienmeldungen über den Zustand der Welt. Hier ergäbe sich für den Stadtrat die Möglichkeit, mit dem Überschuss etwas Positives in dieser Krisensituation beizusteuern.

Gregor R. Bruhin: Die SVP-Fraktion beantragt, diese Position vollumfänglich zu streichen. Solche Hilfeleistungen sind nicht Aufgabe einer Gemeinde, sondern des Bundes, was mit einem Budget von CHF 2,4 Mrd. bereits getan wird. Warum die Stadt Zug hier ein Molekül auf den heissen Stein werfen soll, ist absolut nicht klar. Wenn man Hilfeleistungen wie auch immer, in welcher Form und wem zu Gunsten diese ausfallen soll, tätigen möchte, kann man das privat machen. Das ist sicher nicht Aufgabe der Stadt Zug.

David Meyer: Wenn man da Geld hätte, was würde der Stadtrat finanzieren?

Stadtrat Karl Kobelt: Der Stadtrat würde mit mehr Geld genau das gleiche machen wie er im Moment mit weniger Geld macht: Er priorisiert, unterstützt vor allem Projekte, die der Nothilfe die-

nen, und setzt Prioritäten bei der Vergabe von Geldern und unterstützt zertifizierte Organisationen, die sich insbesondere den Fragen des Hungers, der Ausbildung und der nachhaltigen Förderung der Existenzgrundlagen der Menschen in der Dritten Welt widmen.

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest. Aufgrund mehrerer gleichwertiger Anträge erfolgt nun eine Mehrfachabstimmung. Anschliessend werden die beiden Anträge mit den wenigsten Stimmen einander gegenüber gestellt. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen fällt dann aus der Entscheidung.

Erste Abstimmung

Der Antrag der SP-Fraktion (Erhöhung auf CHF 100'000.00) erhält	13 Stimmen
Der Antrag der SVP-Fraktion (Reduktion um CHF 30'000.00) erhält	11 Stimmen
Der Antrag des Stadtrates erhält	4 Stimmen

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Der Antrag der SP-Fraktion erhält mit 13 Jastimmen die meisten Stimmen. Somit werden die Anträge der SVP-Fraktion und des Stadtrates einander in der zweiten Abstimmung gegenüber gestellt.

Zweite Abstimmung

Der Antrag der SVP-Fraktion auf Streichung erhält	22 Stimmen
Der Antrag der SP-Fraktion (Erhöhung auf CHF 100'000.00) erhält	13 Stimmen

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi: Der Antrag der SP-Fraktion unterliegt gegenüber dem Antrag der SVP-Fraktion mit 13:22 Stimmen und fällt somit aus der Entscheidung. Der Antrag der SVP-Fraktion wird nun in der dritten Abstimmung demjenigen des Stadtrates gegenüber gestellt.

Dritte Abstimmung

Der Antrag der SVP für Streichung erhält	11 Stimmen
Der Antrag des Stadtrates erhält	27 Stimmen

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates gegenüber demjenigen der SVP-Fraktion mit 27:11 Stimmen gutgeheissen wurde. Die Budgetposition bleibt somit unverändert.

3 Bildungsdepartement (S. 50 bis 58)

Jürg Messmer: Die SVP-Fraktion beantragt eine pauschale Kürzung im Bildungsdepartement um CHF 1 Mio.. Dem Stadtrat sei es selbst überlassen, zu entscheiden, wo er diese Million im Bildungsdepartement einsparen will. Aufgrund der Grundsatzvoten zu Beginn der heutigen Budgetdebatte unterbreitet Jürg Messmer einige Beispiele:

- Tagesschule: Braucht es diese heute noch? Sie kostet CHF 1,6 Mio.
- Der Mittagstisch könnte gestrichen werden. Damit wären die CHF 1 Mio. bereits überschritten
- Klassengrößen: Diese könnten einmal mehr diskutiert werden
- Kind Jugend Familie: Hier ist eine Erhöhung von CHF 200'000.00 budgetiert
- Musikschule: Auch hier ist eine Erhöhung von CHF 300'000.00 budgetiert.

Es gibt also sehr wohl Potential um einzusparen, ohne dass die Schülerinnen und Schüler weniger lernen.

Rainer Leemann: Die Schülerzahlen steigen um zirka 2%. Wie ist es zu erklären, dass die Primarschule im Vergleich zum letzten Budget um CHF 6,6 % gestiegen ist? Dies ist um einiges höher als die durchschnittliche Anzahl Schüler. Warum wird hier so viel mehr Geld gebraucht?

Stadträtin Vroni Straub ersucht, der Pauschalkürzung nicht zuzustimmen. Es gibt verschiedene Kostentreiber im Bildungsdepartement. Der grösste ist mit den Personalkosten zu nennen. Durch höhere Schülerzahlen mussten zwei Lehrpersonen zusätzlich eingestellt werden. Das ist zwar der kleinere Teil, denn der grössere Teil ist der Änderung des kantonalen Lehrpersonalgesetzes geschuldet, eingeführt auf den 1. August 2016. Das trifft alle Gemeinden im Kanton Zug. Hier besteht die Pflicht, den Klassenlehrpersonen zwei Lektionen zur Verfügung zu stellen für ihre Arbeiten, den Kindergartenlehrpersonen eine jährliche Zulage zu gewärtigen usw. diese Pflichten hat der Kanton den Gemeinden auferlegt. Sie treiben das Personalbudget in die Höhe. Mit CHF 350'000.00 ist die Integrationsklasse sowie der Mittagstisch und die Freizeitbetreuung vor allem im schnell wachsenden Quartier Riedmatt. Stadträtin Vroni Straub hat wenig Spielraum, um die von der SVP-Fraktion beantragte CHF 1 Mio. zu sparen. Sie kann sich nicht vorstellen, dass man will, dass dies bei den Projekten und den wiederkehrenden Beiträgen gestrichen werden soll, wo im Rahmen von Sparen und Verzichten bereits Kürzungen vorgenommen wurden. Dort kommt man nicht mehr vom Fleck und hat bei Pfadi, Ministranten, bei der Jugendarbeit, beim Midnight-sport sowie beim Kinderzirkus Grissini gespart wo nur möglich. Dort kann nicht weiter gespart werden. Auch bei den Personalkosten besteht diese Möglichkeit nicht. Wenn dieser Auftrag umgesetzt werden muss, dann bleibt nur übrig, die Integrationsklasse wieder zu schliessen. Damit wären knapp CHF 400'000.00 aus dem Budget gestrichen. Des Weiteren müssten der Mittagstisch und die Nachmittagsbetreuung reduziert werden, da es sich hierbei um freiwillige Angebote handelt. Das wäre durchaus im Sinne der SVP. Vorher war aber zu hören, dass Zug eine gute Wirtschaftspflege braucht. Eine gute Wirtschaftspflege und gute Rahmenbedingungen sind aber auch gute Rahmenbedingungen für Eltern, damit auch die Frauen ihrer Arbeit nachgehen können. Stadträtin Vroni Straub ersucht den Rat, diesem pauschalen Kürzungsantrag nicht zuzustimmen. Sie nimmt im Moment keine Stellung dazu, ob Zug eine Tagesschule braucht oder nicht. Sie nimmt auch keine Stellung zu Pisa, da werden wohl in den nächsten Wochen Bücher und Studien auf dem Markt darüber erscheinen. Zur Frage von Rainer Leemann betreffend die Schülerzahlen: Bei den Neuzuzügern kann nicht gesteuert werden, ob Kinder im Kindergartenalter oder solche in der Primar- oder Oberstufe kommen. Die Stadt Zug ist mit den Klassengrössen grundsätzlich sehr gut unterwegs. Es wird seit drei Jahren versucht, konsequent die Klassen aufzufüllen von Grund weg, dass man aber irgendwann - was heute schon der Fall ist - auf der Richtgrösse 18 des Kantons ist. Es gibt heute Klassen mit 24, aber auch solche mit 15 Schülern. Obwohl die Stadt Zug hier auf sehr gutem Weg ist, kommt sie nicht darum herum, hie und da Klassen zu eröffnen. Andererseits werden auch Klassen geschlossen - man ist hier sehr volatil unterwegs. Bei den Stadtschulen kann also diese CHF 1 Mio. nicht gespart werden. Bei den Projekten und wiederkehrenden Beiträgen an Vereine und Institutionen ist das auch nicht möglich. Die Einsparung ist einzig bei der Abteilung Kind Jugend Familie möglich, was im Sinne der SVP wäre, aber sicher nicht im Sinne der Bevölkerung und der Familien, die teilweise gerade dieser Leistungen wegen nach Zug ziehen.

Rainer Leemann wird den Antrag der SVP-Fraktion unterstützen. Wenn die Schülerzahlen durchschnittlich um 2% ansteigen, dann sollte die Steigung irgendwo bei weniger als 2% liegen. Es steigen aber alle Stufen um mehr als 2% an, was bedeutet, dass jedes zusätzliche Kind mehr kostet als die bisherigen. Die Antwort des Stadtrates ist daher unbefriedigend.

Abstimmung

über den Antrag der SVP-Fraktion für eine pauschale Kürzung von CHF 1 Mio.:
Für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 11 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 11 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Das Budget des Bildungsdepartementes wird somit nicht pauschal gekürzt.

KST 3400: Kooperative Oberstufe

David Meyer zu *Konto 3171.13, Schullager*: Warum ist diese Position gegenüber dem Budget 2016 verdoppelt?

Stadträtin Vroni Straub: Es finden nur zirka alle drei Jahre Schullager an der Oberstufe statt. Nächstes Jahr wird das Budget nicht mehr in diesem Ausmass sein, in drei Jahren jedoch wieder. Es macht wegen der Fachstunden und Fachlektionen durchaus Sinn, dass die Schulklassen an der Oberstufe gemeinsam in die Lager gehen.

KST 3800: Kind Jugend Familie

Gregor R. Bruhin beantragt namens der SVP-Fraktion, den Budgetbetrag dieser Kostenstelle auf das Budget 2016 zurückzustellen. Das ist keine Kürzung, sondern es wird einfach nicht immer mehr Geld gesprochen. Von Budget 2015 auf Budget 2016 erfolgte eine Erhöhung um rund CHF 300'000.00, vom Budget 2016 auf Rechnung 2015 beträgt die Erhöhung CHF 654'430.00, von Budget 2016 auf das Budget 2017 ist eine Erhöhung um CHF 215'000.00 geplant. Das ist ein schwarzes Loch, da versinkt jedes Jahr mehr Geld. Es kennt nur eine Kurve, und zwar nach oben. Das kann so nicht weiter gehen. Jetzt ist man bei der Abteilung Kind Jugend Familie über der Hälfte der Kosten des gesamten Baudepartementes. Wo wird man sich in fünf Jahren bewegen? Da ist die Abteilung Kind Jugend Familie ein eigenes Departement mit einem eigenen Stadtrat. Es müssen also jetzt die Pflöcke rechtzeitig eingeschlagen werden.

Christoph Iten zu *Konto 3010.20, Löhne Nebenämter/Aushilfen*, und *Konto 3010.30, Löhne Personal in Ausbildung*: Hier ist jeweils eine deutliche Steigerung festzustellen. Was ist der Grund dafür?

Stadträtin Vroni Straub: Die Löhne Nebenämter Aushilfen sind ein wichtiges Konto für die Abteilung Kind Jugend Familie. Die Betreuung, der Mittagstisch und die Nachmittagsbetreuung ist ein Frauenberuf. Über dieses Konto werden bei Schwangerschaften des Personals Aushilfen rekrutiert, um den Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung fortführen zu können. Zurzeit wird es für den Mittagstisch in Riedmatt benötigt, welcher für 2016 nicht budgetiert war, jedoch seit Oktober 2016 auf eine Petition des Quartiers Riedmatt hin eingeführt ist. Zum Konto 3010.30, Personal in Ausbildung: Die Stadt Zug hat als Gemeinwesen auch die Verpflichtung, Lehrlinge auszubilden. An den Betreuungsorten sind Praktikantinnen und Praktikanten eingesetzt. Ihnen möchte man nachher auch eine Lehrstelle anbieten können. Die Praktikantinnen und Praktikanten sollen nicht ausgenutzt werden, indem sie ein Jahr lang als Arbeitskraft eingesetzt werden, ohne nachher die Möglichkeit für einen Lehrlingsplatz zu haben. Zudem ist es heute äusserst schwierig, ausgebildetes Personal im Bereich Kinderbetreuung zu rekrutieren. Auch hier hat die Stadt Zug eine Verantwortung als Arbeitgeber.

Christoph Iten: In diesem Fall verzichtet die CVP-Fraktion auf einen Antrag zu diesen beiden Positionen, beantragt aber eine Kürzung des Globalbudgets um rund CHF 100'000.00 analog dem Antrag der GPK. Die CVP-Fraktion sieht hier den Grund für eine Erhöhung nicht gegeben. Zudem

handelt es sich bei diesem Antrag nicht um eine Kürzung, sondern um eine Reduktion auf das Budget Vorjahr.

Gregor R. Bruhin: Die SVP-Fraktion zieht ihren Antrag zugunsten des Antrages der CVP-Fraktion zurück.

Eliane Birchmeier: Bisher haben alle Männer gesprochen zu einem Thema, das vor allem die Frauen betrifft! Eliane Birchmeier ersucht, dieser Kürzung - es ist tatsächlich eine Kürzung um CHF 100'000.00 - nicht zuzustimmen. Mit diesem Budget ist es möglich, dass Frauen als Mütter berufstätig sein können. Das ist wichtig für die Gesellschaft und wirkt sich auch irgendwann auf der Ertragsseite wieder positiv aus.

Barbara Gysel: Das ist Wirtschaftspolitik, was hier verhindert werden will. Es sind Wirtschaftsverbände, die sich dafür einsetzen und sagen, dass ein massiver Nachholbedarf besteht in Schweiz, um die Erwerbsplätze decken zu können. Man braucht mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn das verhindert wird, bedeutet das, dass mehr Zuwanderung benötigt wird. Das sind die Voten, die Barbara Gysel schon mehrfach gehalten hat. Hier geht es nicht einfach um ein Familienthema, sondern es geht um ein ganz deutliches Wirtschaftsthema. Insofern kann Barbara Gysel ihre Vorrednerin nur unterstützen. Sie versteht die CVP, die FDP und die SVP als vermeintliche Wirtschaftsvertretungen nicht, die einen solchen Antrag unterstützen würden.

Astrid Estermann findet es spannend, dass die CVP sagt, sie verstehe, was Stadträtin Vroni Straub gemeint habe mit diesen Erhöhungen der Löhne für Personal in Ausbildung und für Aushilfen. Gerade dort sind die Kostensteigerungen ausgewiesen. Dann verlangt man aber trotzdem, dass hier CHF 100'000.00 eingespart werden sollen. Wo soll das denn getan werden? Im Moment wird in der ganzen Schweiz eine sehr grosse Diskussion geführt, dass gerade Kinderbetreuung auf dem Buckel dieser jungen Menschen erfolgt. Sie machen Praktikum um Praktikum, um irgendwann eine Lehrstelle zu kriegen. Es ist nicht oportun, dass die Stadt hier genau in diese gleiche Bresche springt. Es ist richtig, dass die Stadt auch Lehrlinge ausbildet, wenn sie schon als Praktikanten eingestellt werden.

Gregor R. Bruhin: Mit dieser Argumentation wird das Problem noch verschärft. Gregor R. Bruhin hat zwar keine Kinder - das kommt vielleicht noch - möchte aber solche nicht in einen Betrieb geben, der in der Betreuung zu 24% auf Lehrlinge und Auszubildende und Aushilfen abstützt. Damit nutzt die Stadt genau die Situation aus, dass viele Leute Praktikum- und Lehrstellen suchen. Sie stellt ihren Betrieb massgeblich auf diese Menschen ab. Da hat sich Astrid Estermann mit dieser Argumentation gerade selbst ein Ei gelegt. Mit Praktika bildet man in diesem Bereich nicht aus, sie spuren vor für die Lehrstelle, wie bereits geäussert wurde.

Monika Mathers gibt Gregor R. Bruhin zu 100% Recht: Man nützt diese Menschen aus. Genau das möchte aber Stadträtin Vroni Straub verhindern. Monika Mathers kennt selber junge Frauen, die gerne Erzieherin würden. Sie finden aber nirgends eine Lehrstelle. Dann machen sie ein Praktikum, um vielleicht dann im nächsten Jahr eine Lehrstelle zu erhalten. Dann heisst es, es habe keine Lehrstelle, und sie solle daher nochmals ein Praktikum machen usw. Genau das soll verhindert werden. Die Ausnützung ist schlecht und muss unterbunden werden. Es hat aber zu wenig ausgebildete Erzieherinnen, weshalb Lehrstellen angeboten werden müssen. Das kostet aber etwas.

Philip C. Brunner: Die GPK hat ihren analogen Antrag mit 2:5 Stimmen abgelehnt (siehe Kommissionsbericht Seite 12). Philip C. Brunner ist heute hierher gekommen in der Überzeugung einer

freundlichen Diskussion mit zwei oder drei Themen. Jetzt wird begonnen, solche Themen aufzugreifen. Philip C. Brunner empfiehlt, dazu Interpellationen einzureichen. Diese CHF 100'000.00 entsprechend rund 1% von CHF 10 Mio. Darum geht es, nicht mehr und nicht weniger.

Abstimmung

über den Antrag der CVP-Fraktion, unterstützt von der SVP-Fraktion, die Kostenstelle 3800, Kind Jugend Familie, um CHF 100'000.00 zu kürzen:

Für den Antrag der CVP-Fraktion stimmen 18 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass der GGR mit 18:20 Stimmen den Antrag der CVP-Fraktion abgelehnt hat. Somit bleibt der Budgetbetrag für die Kostenstelle 3800 unverändert bestehen.

4 Baudepartement (S. 59 bis 63)

KST 4200: Hochbau

Ratspräsidentin Karin Hägi: Der GPK-Antrag zu Konto 3637.40, Renovation denkmalgeschützter Bauten, den Betrag um CHF100'000.00 auf CHF 400'000.00 zu erhöhen, wird vom Stadtrat übernommen.

5 Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS) (S. 64 bis 72)

KST 5500: Sicherheit

Gregor R. Bruhin zu *Konto 3130.10, Dienstleistungen Dritter*: Dieses Jahr wurde schon mal darüber diskutiert, ob hier allenfalls eine Erhöhung nötig ist, d.h. eine Investition in die Sicherheit der Bewohnenden, vor allem rund um das alte Kantonsspital, wo vermehrt Rückmeldungen bezüglich Belästigungen folgen.

Stadtrat Urs Raschle: Der Betrag in Richtung SiAss wurde verändert. Nächstes Jahr darf der Stadtrat CHF 50'000.00 mehr für den Einsatz der SiAss eingeben und ist selber sehr gespannt, welche Wirkung dadurch erzielt werden kann. Der Stadtrat ist aber überzeugt, dass der budgetierte Betrag vorderhand ausreicht und er keine Aufstockung des Budgets benötigt, um diese Arbeiten erledigen zu können. Die Thematik Asylheim beeinflusst den Stadtrat täglich. Es besteht ein sehr enger und guter Kontakt mit der Zuger Polizei. Es finden auch wöchentlich Sitzungen statt, an denen die Situation begutachtet und besprochen wird.

Investitionsprogramm (S. 74 bis 83)

Keine Wortmeldungen

Beratung des Beschlussesentwurfes (S. 26 bis 27):

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 bis 7 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Karin Hägi erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

Der GGR stimmt in der Schlussabstimmung mit 37 Stimmen dem Voranschlag 2017 und dem Finanzplan 2017 bis 2020 mit den beschlossenen Änderungen zu.

**Beschluss
des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1647**

betreffend Budget 2017 und Finanzplan 2017 bis 2020

Der Grosse Gemeinderat von Zug **beschliesst** in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2415 vom 25. Oktober 2016:

1. Die Steuern für das Jahr 2017 werden wie folgt festgesetzt:
 - 1.1. Die Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuern für juristische Personen mit 60 % auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.
 - 1.2. Die Hundesteuer mit CHF 100.00.
Für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Militär-, Blinden-, Therapie- und auf Schweiss geprüfte Hunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
2. Das für das Jahr 2017 aufgestellte Budget wird genehmigt.
3. Der Finanzplan 2017 bis 2020 wird zur Kenntnis genommen.
4. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2017 in Kraft. Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das fakultative Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung vorbehalten.
5. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
7. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17^{bis} des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungs-gesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt drei Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

**6. Interpellation SVP-Fraktion vom 16. August 2016: Jahresbericht der Energiekommission
- schludrig und fehlerhaft!**

Die Behandlung dieses Geschäftes wird aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung des Grossen Gemeinderates verschoben.

7. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission (Nachfolge Willi Vollenweider)

Ratspräsidentin Karin Hägi: Da nach dem Austritt von Willi Vollenweider ein Mitglied der BPK fehlt, steht jetzt die Wahl eines Neumitgliedes aus der SVP-Fraktion an.

Manfred Pircher schlägt namens der SVP-Fraktion als Nachfolger von Willi Vollenweider Jürg Messmer vor.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass keine weiteren Nominierungen vorliegen und demnach Jürg Messmer stillschweigend als neues Mitglied der Bau- und Planungskommission für den Rest der Legislatur gewählt ist.

- 8. **Wahl des Büros 2017 - 2018:**
 - 8.1 **Wahl der Präsidentin/des Präsidenten**
 - 8.2 **Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten**
 - 8.3 **Wahl der zwei Stimmzählerinnen/Stimmzähler**
 - 8.4 **Wahl der Beisitzerin/des Beisitzers**

Ratspräsidentin Karin Hägi: Gemäss § 64 der Geschäftsordnung werden die Wahlen schriftlich und geheim nach dem absoluten Mehr der gültig abgegebenen Stimmen vorgenommen. Bei der Berechnung des absoluten Mehrs fallen leere und ungültige Stimmzettel ausser Betracht. Sollte sich ein amtierendes Mitglied der Stimmzähler für die Wahl des Präsidiums oder des Vizepräsidiums zur Verfügung stellen, muss dieses ersetzt werden. Dies ist der Fall, wie heute aus der Zuger Zeitung entnommen werden konnte. Ratspräsidentin Karin Hägi hat daher im Vorfeld nachgefragt. Beat Bühlmann übernimmt für dieses Traktandum das Amt des Stimmzählers von Bruno Zimmermann.

8.1 **Wahl der Präsidentin/des Präsidenten**

Benny Elsener: Die CVP-Fraktion dankt der abtretenden Präsidentin Karin Hägi für ihre gute und sympathische Führung und die seriöse Vorbereitung der anspruchsvollen Ratssitzungen. War es auch nicht immer einfach für sie, die Langsprecher im GGR taktvoll abzuklemmen. Benny Elsener erlaubt sich kurz eine Episode: "Sicher erinnerst du dich noch an unseren Chlausabend beim Zeno's Spezialitätenrestaurant. Zu später Stunde wohlverstanden, kamen dir sehr innovative Ideen in den Sinn. Die letzte, die mir in Erinnerung geblieben ist, war der Wassereimerkübel mit der Reissleine. Wer zu lange hier vorne spricht, wird nass! Zum Glück denken jetzt die Langsprecher, kommt dir diese Idee erst jetzt nach zwei Jahren." Heute ist ein freudiger Tag. Benny Elsener ist damit mit Philip C. Brunner einig, aber hier in diesem Traktandum 8. Benny Elsener hat die Freude und Ehre, dem Rat im Namen der geschlossenen CVP-Fraktion den heutigen Ratsvizepräsidenten Hugo Halter mit Überzeugung als Präsident des GGR für die Amtsperiode 2017/2018 vorzuschlagen. Der Kandidat verfügt über eine äusserst etablierte zugerpolitische Erfahrung als Parlamentarier im GGR während bald zehn Jahren, davon während 9,5 Jahren als Fraktionschef der CVP und nun auch während zwei Jahren als Ratsvizepräsident im Büro des GGR. Er besitzt eine hohe Sozial- und Fachkompetenz und geniesst eine grosse Akzeptanz im Rat und in der Bevölkerung der Stadt Zug, ja sogar weit über die Parteigrenze. Weiter sei erwähnt, dass Hugo Halter mit seinem Wissen, seiner ausstrahlkräftigen offenen Art und redengewandt als Präsident und auch Repräsentant des Stadtparlamentes Zeichen setzen kann, dass Hugo Halter seine Aufgabe mit Weitsicht und Feingefühl im Interesse der Stadtbevölkerung wahrnehmen wird, dass die CVP-Fraktion überzeugt ist, Hugo Halter wird den Rat während den nächsten zwei Jahren exzellent führen, und die CVP-Fraktion gewillt ist, zusätzliche Verantwortung zu übernehmen. Benny Elsener bedankt sich bei den Ratskolleginnen und -kollegen aller Fraktionen für deren Unterstützung und die ehrenvolle Wahl von Hugo Halter.

Es erfolgen keine weiteren Nominationen.

Die geheime Wahl gemäss § 25 der Gemeindeordnung und § 64 der Geschäftsordnung der Stadt Zug ergibt folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel:	39
Eingegangene Wahlzettel:	39
Leer:	0
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	39
Absolutes Mehr:	20

Gewählt ist mit 38 Stimmen

Hugo Halter

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi gibt bekannt, dass Hugo Halter mit 38 Stimmen zum Ratspräsidenten des Grossen Gemeinderates von Zug für die Dauer von zwei Jahren, nämlich für 2017 und 2018, gewählt ist.

Hugo Halter: "Seit meiner Jugendzeit niemals mehr vergessen habe ich die Begrüssung an der Landsgemeinde in Obwalden. "Getrywii liäbi Mitlandlyt" war der formelle und politische Einstieg zur Eröffnung eben dieser Landsgemeinden auf dem Landenberg ob Sarnen. "Getrywii liäbi Mitlandlyt". Genau so möchte ich mich zuerst bei ihnen, geschätzte GGR Mitglieder, geschätzte Ratspräsidentin Karin Hägi, ehemalige Ratspräsidentin Isabelle Reinhard und ehem. Ratspräsidenten Stefan Hodel, Jürg Messmer und Stefan Moos für die ehrenvollen Wahl bedanken. Die Anerkennung und das soeben ausgesprochene Vertrauen in diesem Rat geben mir Kraft das Amt des Ratspräsidenten für unsere Stadt Zug mit Umsicht und nach bestem Wissen und Gewissen zielorientiert auszuführen. Bedanken möchte ich mich bei der Bevölkerung der Stadt Zug, meiner Kollegin und meinen Kollegen der Fraktion und der CVP Stadt Zug, die mir alle immer eine gute Stütze waren. Ganz besonders begrüsse ich aber auch meine Helena, meine Söhne David und Pascal, Eva meine praktisch Schwiegermutter und Rene, meine vollzählig angetretenen Brüder und Schwägerinnen und speziell meine liebe Mutter, die mit ihren über 93 Jahren und sichtlichem Stolz aus Obwalden extra angereist ist. Willkommen ebenfalls liebe Freunde und Gäste. Werte wie Anstand, Respekt, Zuhören können und Vorbild sein, sind mir sehr wichtig und prägten mein bisheriges Leben. Dafür bedanke ich mich bei meinen Eltern. Ich möchte anhand dieser einfachen Leitlinien ein Ratspräsident für alle sein. Sofern notwendig werde ich aber auch intervenieren um einen sachlichen Parlamentsbetrieb gewährleisten zu können. Nehmen Sie mir das dannzumal nicht übel! Ebenso wichtig ist mir aber auch ein guter Geist im Rat. Die Parteigrenzen sollten nicht unüberwindbare Mauern sein. Informelle Gespräche und die Bereitschaft miteinander zu diskutieren - auch nach den Sitzungen bei einem Glas Wein- sind vielfach Türöffner für Lösungen. Denn ich bin überzeugt, dass jede Persönlichkeit hier im GGR nur das Beste will. Ich bin ein Freund von kurzen und sachlichen Voten und empfehle das Ihnen ebenfalls wärmsten. Bleiben Sie authentisch, ich bleibe es auch. Mit grossem Respekt und Motivation vor diesem Rat und meiner zukünftigen Funktion als ihr Ratspräsident freue ich mich, mit Ihnen zusammen, für unsere schöne Stadt Zug gute und zukunftsgerichtete Entscheide zu treffen. Meine bisherigen 10 Erfahrungsjahre im GGR mit 9.5 Jahren als Fraktionschef und 2 Jahren Vizepräsident neben Karin stimmen mich zuversichtlich, gut für dieses ehrenvolle Amt gerüstet zu sein. Ich erkläre somit Annahme der Wahl und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und eine gute und gesunde neue Amtszeit 2017/18. Herzlichen Dank."

8.2 Wahl der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten

Jürg Messmer gratuliert namens der SVP-Fraktion Hugo Halter herzlich zu dieser hervorragenden Wahl und wünscht ihm in seinem neuen Amt viel Spass, gute Erfahrungen und immer das richtige "Händli". Nun folgt die Wahl seines Flügelmannes, nämlich des Vizepräsidenten. Die SVP-Fraktion schlägt einstimmig und mit Überzeugung Gemeinderat Bruno Zimmermann als Vizepräsidenten vor. Bruno Zimmermann ist seit 2012 Ratsmitglied, und er wurde im Januar 2013 als Stimmzähler ins Büro GGR gewählt. Er weiss also bereits sehr genau, wie einerseits der Ratsbetrieb läuft, andererseits hat er auch schon Erfahrungen im Büro GGR gesammelt. In all den Jahren hat man Bruno Zimmermann als ruhigen und besonnenen Politiker kennen gelernt. Als Informatiker ist er sich gewohnt, genau zu analysieren und dann die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Familienvater von drei Kindern weiss er aber auch, dass manchmal Entscheidungen getroffen werden müssen, welche nicht von allen Beteiligten als fair angeschaut werden. Meistens jedoch erweisen sich diese dann im Grossen und Ganzen eben doch als richtig. Also alles Eigenschaften, welche einen guten Vizepräsidenten und zukünftigen Präsidenten ausmachen. Es konnte in der Zeitung gelesen werden: es wird eine Kampfwahl geben. Dazu möchte sich Jürg Messmer bereits kurz äussern: Im Dezember 2012 hat die Fraktion Alternative-CSP zugunsten der SP auf eine Kandidatur verzichtet. Dafür wollten sie dann 2014 auf Kosten der CVP-Fraktion jemanden nominieren. Die SVP-Fraktion hatte damals kein Gehör und hatte Hugo Halter von der CVP-Fraktion unterstützt und tut dies auch heute. Wenn man die Kräfteverhältnisse hier im Rat anschaut, dann könnte man folgendes ableiten: Ein Drittel der Ratsmitglieder gehört den linken Parteien an, zwei Drittel der Ratsmitglieder gehören der bürgerlichen Seite an. Somit kann man also, wenn man das will, daraus ableiten, dass die Ratsleitung zweimal bürgerlich und einmal links ist. Nachdem Karin Hägi für die linken Parteien das Präsidium nun inne hatte, folgen demzufolge logischerweise zwei Bürgerliche. Die SVP-Fraktion dankt dem GGR für die Unterstützung von Gemeinderat Bruno Zimmermann als Vizepräsidenten.

Stefan Hodel gratuliert Hugo Halter zur Wahl als Präsident des Grossen Gemeinderates. Es freut ihn, dass er so deutlich - deutlicher kann man nicht gewählt werden - gewählt wurde. Der nächste Schritt ist nun also die Wahl der Vizepräsidentin. Wie alle bereits wissen, schlägt die Fraktion Alternative-CSP Tabea Zimmermann zur Wahl vor. Warum soll heute eine Vertreterin der Fraktion Alternative-CSP gewählt werden? Am 14. Dezember 2004, also vor fast genau 12 Jahren, wurde erstmals ein Mitglied der Fraktion Alternative-CSP als Vizepräsident gewählt. In den folgenden Jahren kamen Vertreter aller Fraktionen der Reihe nach zum Zug. Vor zwei Jahren wurde die Fraktion Alternative-CSP dann vom Kandidaten der CVP überholt, weil damals noch nur vier Personen ins Büro des GGR gewählt werden konnten und weil keine Fraktion auf ihren Sitz verzichten wollte. Ab 2016 sind aufgrund der geänderten Geschäftsordnung so oder so alle Fraktionen im Büro vertreten. Selbstverständlich genügt es aber nicht, einfach nur den Anspruch geltend zu machen. Es braucht auch eine geeignete Kandidatin. Die Fraktion Alternative-CSP ist der Ansicht, dem Rat mit Tabea Zimmermann eine bestens geeignete Politikerin vorschlagen zu können: Tabea Zimmermann steht mit beiden Beinen auf dem Boden, polarisiert nicht, hat Führungserfahrung und langjährige Erfahrung im Leiten von Sitzungen. Nach dem Studium an den Universitäten von Zürich, Bern und Staffordshire (GB) macht sie das höhere Lehramt in Zürich und ist nun seit 1998 als Lehrerin an der Kantonsschule Alpenquai in Luzern tätig. Sie war zudem während sieben Jahren Präsidentin des Kantonsschullehrerinnenvereins und leitete die schulinterne und später die kantonale Fachschaft. Tabea hat die Möglichkeit, ihr Pensum an der Kantonsschule so zu gestalten, dass ihr genügend Zeit bleibt für ihr politisches Engagement. Tabea ist verheiratet, hat zusammen mit ihrem Mann zwei Kinder grossgezogen und wohnt seit 20 Jahren in der Stadt Zug. Die Fraktion Alternative-CSP ist sicher, dass Tabea auch bei komplizierten Vorlagen die Übersicht behalten wird. Es macht Freude, mit dieser engagierten Frau zusammenzuarbeiten. Die Fraktion Alternative-CSP

hofft auf die Stimmen aus dem Rat und freut sich darauf, Tabea hoffentlich bald als Vizepräsidentin an der Seite von Hugo Halter vor sich zu haben. Wie heute in der neuen Zuger Zeitung gelesen werden durfte, möchten die Vertreter der bürgerlichen Parteien mit Bruno Zimmermann ein Mitglied der SVP-Fraktion wählen. Welches sind die Argumente, mit welchen Bruno Zimmermann unterstützt wird? „Die Fraktion Alternative-CSP hat zu Gunsten der SP auf den ihr zustehenden Sitz verzichtet“. Ist das wirklich der Fall? Die Fraktion Alternative-CSP hat nie auf einen Sitz verzichtet, sie hat der SP vor vier Jahren den Vortritt gelassen da sie der Meinung war, dass diese Partei nach 12 Jahren wieder an der Reihe sei. Die Fraktion Alternative-CSP ging jedoch davon aus, dass sie dadurch etwas später zum Zuge kommen würde. Es kann aber nicht sein, dass nun aufgrund dieser Grosszügigkeit auch alle anderen Parteien nach vorne drängen und die Fraktion Alternative-CSP ihren Anspruch auf den Sitz auf das Jahr 2020 verschieben muss. Zum nächsten Argument, laut der Neuen ZZ stammt es von Stefan Moos: „Die Fraktion Alternative-CSP ist aufgrund der Fraktionsgrösse nicht an der Reihe.“

Stefan Hodel zählt hier sieben Fraktionsmitglieder der Alternativen-CSP und ebenfalls sieben Fraktionsmitglieder der SVP. Die SVP hat nun acht Jahre gewartet und will den Vizepräsidenten stellen. Die Fraktion Alternative-CSP hat zwölf Jahre gewartet und ist noch nicht an der Reihe. Die Fraktion der Alternative-CSP ist aber in zwischen genau gleich gross wie diejenige der SVP. Ein weiteres Argument: „Tabea Zimmermann ist erst seit zwei Jahren im Grossen Gemeinderat“. Der im Jahre 2004 als Vizepräsident gewählte SHodel aus O. war damals auch noch nicht einmal eine ganze Legislaturperiode im Rat. Er wurde trotzdem gewählt. Das kam gar nicht so schlecht, wagt Stefan Hodel zu behaupten! Vor zwei Jahren wurde von bürgerlicher Seite vorgeschlagen, Karin Hägi, die zwei Jahre Vizepräsidentin war, nicht zu wählen, stattdessen sollte Astrid Estermann umgehend als Präsidentin gewählt werden. Astrid Estermann hätte somit, ohne auch nur einmal als Vizepräsidentin an einer Sitzung teilgenommen zu haben, den Rat ab Januar 2015 führen sollen. Zwei Jahre später legen Vertreter der gleichen Partei, die der Fraktion Alternative-CSP damals diesen Vorschlag machten, Wert auf das Argument Erfahrung. Wenn heute ein Vertreter der SVP als Vizepräsident gewählt wird, mit Argumenten, die einer genauen Betrachtung nicht standhalten, so sieht die Fraktion Alternative-CSP dies als eine Machtdemonstration der bürgerlichen Mehrheit. Die Fraktion Alternative-CSP ist ganz klar an der Reihe, sie hat eine sehr fähige Kandidatin, die allen als Präsidentin Freude machen wird. „Wir bitten Sie, den Namen Zimmermann auf Ihre Liste zu schreiben und vergessen sie nicht den Vornamen: TABEA.“

Urs Bertschi dankt Ratspräsidentin Karin Hägi für die umsichtige Ratsführung in den vergangenen zwei Jahren und die zum Teil versuchten Intermezzi, auch Urs Bertschi abzubereiten. Das macht durchaus Sinn, aber Urs Bertschi erinnert an Urs B. Wyss selig, welcher immer sagte: „Wir sind ein Parlament und hier wird parliert.“ Das sollte der GGR durchaus weiterhin tun ohne sich grosse Restriktionen aufzuerlegen. Urs Bertschi gratuliert auch dem neugewählten Ratspräsidenten Hugo Halter und wünscht ihm viel Erfolg auf seinem neuen Thron.

Die SP-Fraktion wird die Nomination der Fraktion Alternative-CSP unterstützen. Die Dauer der Zugehörigkeit zu diesem Rat ist kein taugliches Kriterium, hier abzugrenzen. Es ist eher ein willkürliches Feigenblatt der bürgerlichen Fraktionen, die Abweichung von der üblichen und auch nachvollziehbaren Reihenfolge zu legitimieren. Urs Bertschi glaubt, dass dieser Job machbar ist, und auch nach zwei Jahren Ratszugehörigkeit. Es gibt viele erfahrene Vorgängerinnen und Vorgänger, die einen tatkräftig unterstützen bei der Ratsführung. Zudem gibt es Drehbücher, die einem den Sitzungsablauf zusätzlich erleichtern. Es tut gut, wenn man hier auch Männlein und Weiblein in schöner Abwechslung auf dem Präsidiumsstuhl vorfindet. Wenn man nüchtern hinschaut, so gab es mal einen Präsidenten, der hatte hin und wieder Mühe mit Dreifachabstimmungen. Dass er der grössten Fraktion angehörte, zeigt, dass wahrscheinlich mit je öfter eine Fraktion hier vorne sitzt, ab und zu auch ein Problem auftauchen kann. Immerhin - das muss Urs Bertschi neidlos anerkennen: Sowohl die SVP wie auch die Alternative-CSP sassen noch nicht so oft hier oben. Ein Blick auf

die Zusammensetzung des Ratsbüros zeigt und macht eben auch deutlich, dass nun eben die Alternative-CSP an der Reihe ist. Das war - und da muss Urs Bertschi seinem Vorredner recht geben - die damalige Abmachung als die SP diesen Sitz übernommen hat, und zwar nicht nur zwischen der Alternativen-CSP und der SP, sondern es war das Verständnis dieses Rates. Allein die Konkordanz in diesem Rat würde die Wahl einer Alternativ-CSP-Vertreterin nun gebieten. Die Bürgerlichen werdens nachher wohl anders sehen. Ein solches Blockdenken zeigt sich immer wieder in diesem Rat und würde es in der Tat nahelegen, künftig eine Aufteilung auf der von Jürg Messmer angesprochenen Links-/Rechtsbasis anzudenken. Dann wäre in der Tat jedes dritte Mal ein Linker oder eine Linke hier auf dem Stuhl. Das würde Sinn machen und wäre gemessen am Wähleranteil wahrscheinlich das Fairste. Die Bürgerlichen könnten dann untereinander die zwei bürgerlichen Ansprüche ausjassen. Dann aber dürfte einigen auch schon bald auffallen, dass zumindest in der Vergangenheit die CVP-Fraktion, die bereits heute wieder auf diesem Stuhl sitzt, zu oft - gemessen an der Wählerstärke - auf diesem Stuhl sass und sitzt. Für die FDP heisst das konkret: Seit 1989/1990 genau gleich oft wie die FDP. Das bildet das Kräfteverhältnis in der Tat nicht ab. Hier darf man auch feststellen, dass die SVP-Fraktion und die Fraktion Alternative-CSP in der gleichen Periode je einmal auf diesem Stuhl sassen. Das dürfte wahrscheinlich den Wähleranteil auch nicht abbilden. Insofern müsste man sich hier grundsätzlich mal ein paar Gedanken machen, ohne dass man hier immer wieder in dieses teilweise schwierige Ausmarchen ausmündet. Urs Bertschi lädt das Büro ein, sich hierzu einen Schlüssel bzw. Automatismus zu überlegen, wo dann das ganze Geplänkel mal vom Tisch ist, nachdem jede Fraktion nun auch im Büro vertreten ist. Urs Bertschi könnte sich vorstellen, dass dadurch die ganze Sache vereinfacht würde.

Die geheime Wahl gemäss § 25 der Gemeindeordnung und § 64 der Geschäftsordnung der Stadt Zug ergibt folgendes Ergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel:	39
Eingegangene Wahlzettel:	39
Leer:	1
Ungültig:	0
In Betracht fallende Wahlzettel:	38
Absolutes Mehr:	20
Stimmen haben erhalten:	
Brüno Zimmermann	20
Tabea Zimmermann	16
Philip C. Brunner	2

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi gibt bekannt, dass Bruno Zimmermann mit 20 Stimmen zum Vizepräsidenten des Grossen Gemeinderates von Zug für die Dauer von zwei Jahren, nämlich für 2017 und 2018, gewählt ist.

Bruno Zimmermann dankt für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und nimmt die Wahl an.

8.3 Wahl der zwei Stimmenzählerinnen/Stimmenzähler

Stefan Moos schlägt namens FDP-Fraktion den bestehenden Stimmenzähler Rainer Leemann vor. Rainer Leemann ist jetzt sechs Jahre im Rat und hat trotz seines jugendlichen Alters schon viel Erfahrungen sammeln können. Zudem ist Rainer Leemann seit Sommer 2016 als Nachfolger von Simon Rohrer als Stimmenzähler im Büro bereits tätig, hat also somit auch seine Probezeit bestanden. Deshalb kann die FDP-Fraktion Rainer Leemann guten Gewissens vorschlagen.

Stefan Hodel schlägt namens der Fraktion Alternative-CSP als Stimmenzählerin Tabea Zimmermann vor.

Es erfolgen keine weiteren Nominierungen

Ratspräsidentin Karin Hägi schlägt vor, entgegen der an sich vorgegebenen geheimen Wahl gemäss § 25 der Gemeindeordnung und § 64 der Geschäftsordnung, die beiden Kandidaten in globo zu wählen.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi stellt fest, dass Rainer Leemann und Tabea Zimmermann stillschweigend und in globo als Stimmenzähler für die nächsten zwei Jahre gewählt sind.

8.4 Wahl der Beisitzerin/Besitzer

Urs Bertschi nominiert namens der SP Barbara Gysel als erste Beisitzerin.

Es erfolgen keine weiteren Nominierungen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Karin Hägi schlägt entgegen der an sich vorgegebenen geheimen Wahl gemäss § 25 der Gemeindeordnung und § 64 der Geschäftsordnung vor, die Kandidatin Barbara Gysel als gewählt zu erklären. Ratspräsidentin Karin Hägi gratuliert Barbara Gysel zur stillschweigenden Wahl als Beisitzerin.

Ratspräsidentin Karin Hägi: Gemäss § 25 der Gemeindeordnung und gemäss § 3 und § 6 der Geschäftsordnung des GGR der Stadt Zug hat sich der Rat durch die Wahl des endgültigen Büros konstituiert.

Das Büro des GGR besteht für die Jahre 2017 und 2018 aus folgenden Personen:

- Ratspräsident Hugo Halter
- Ratsvizepräsident Bruno Zimmermann
- Stimmenzählerin Tabea Zimmermann
- Stimmenzähler Rainer Leemann
- Beisitzerin Barbara Gysel
- Stadtschreiber Martin Würmli

Ratsvizepräsident Hugo Halter: "Ruhig, vorbereitet, fast unscheinbar, präsent und kollegial wären die Worte, wenn ich unsere abtretende Präsidentin mit kurzen Worten umschreiben müsste. Das muss ich aber so nicht, geschätzte Frau Präsidentin und liebe Karin. Es bleibt mir die ehrenvolle Aufgabe, dir als Präsidentin für deine zwei Jahre als unsere "Chefin im GGR" ganz herzlich zu danken. Ich mache das sehr gerne, weil ich miterleben durfte, wie umsichtig du den Ratsbetrieb geleitet hast. Nicht immer war es einfach, ermahnende Worte gegenüber engagierten Persönlichkeiten am Rednerpult situationsgerecht zu deponieren. Ganz besonders nicht, wenn sie aus dem eigenen Lager kamen oder prominente Funktionen innerhalb von Kommissionen vertraten. Es war beeindruckend, dass du hier halt die Position der Ratspräsidentin durchsetzen musstest. Ich erlebte dich aber auch im Rahmen des Büros als lösungsorientiert und angenehm im Umgang. Eine nicht ganz einfache Aufgabe auch hier bei so vielen "Alfatieren" ! Eine weitere Stärke von dir war, dass die Sache und nicht primär das Parteibuch im Vordergrund stand. Du warst eine würdige Repräsentantin unserer Stadt. Einige Anlässe durften wir gemeinsam besuchen. Ganz besonders ist mir das kantonale Schwingfest in Zug unter dem OK Präsidenten Richi Rüegg in Erinnerung. Obwohl du immer noch keinen "Chrummen" mit mir rauchen wolltest, reichte es in der gemütlichen Runde doch hie und da ein Glas Wein miteinander zu genehmigen. Auch die Zuger Messe Aperó mit dem GGR bleiben mir als positive gesellschaftliche Anlässe mit dir. Ich bewunderte dich wirklich, wie es dir immer gelang, rechtzeitig den Heimweg anzutreten. Hier habe ich dein Rezept noch nicht ganz verstanden - aber ich arbeite dran...Ich weiss, dass du dich ab nächstem Jahr auf deine Arbeit im Kreise der Fraktion und mit einer anderen optischen Perspektive freust. Für mich wird das aber nicht viel einfacher. Mit dir haben wir nämlich neu fünf ! ehemalige Ratspräsidentinnen und Präsidenten aus allen fünf Fraktionen im Saal. Der "Seitenwechsel" vom Präsidentenstuhl zurück in die Fraktion gibt dir aber auch die Möglichkeit etwas Freizeit zurück zu gewinnen. Othmar, dein Mann, wird sich sicher auch freuen. Im Namen des gesamten GGR's und aller Fraktionen danke ich dir für deine umsichtige Führung dieses Rates und wünsche dir von Herzen alles Gute. Ich freue mich auf eine weitere Zusammenarbeit in anderer Zusammensetzung und wünsche dir einen guten Abschluss deiner Präsidialzeit und dann dir und Othmar frohe Festtage. Danke Karin für die angenehme Zusammenarbeit und dein Wirken."

Ratspräsidentin Karin Hägi: "Lieber Hugo, ich danke deinen für die netten Worte. Ich bin mir sicher, dass du das Amt als GGR-Präsident sehr gut ausfüllen wirst. Ich habe dich als ruhigen und gewissenhaften Menschen kennen und schätzen gelernt, mit dem kleinen Makel, dass du für mich zu früh aufstehst...Nun sind sie vorbei, die zwei Jahre als Präsidentin des GGRs. Es waren zwei interessante, spannende aber auch fordernde Jahre. Etwas, das ich schnell gemerkt habe ist, es allen recht machen geht nicht. Das war aber auch nicht mein Ziel, vielmehr lag mir die effiziente und korrekte Führung der GGR-Sitzungen am Herzen. Ich möchte ein paar Sätze meiner Antrittsrede wiederholen: „Freude macht die Arbeit im Grossen Gemeinderat, wenn man spürt, dass man ernstgenommen und einem aufmerksam zugehört wird. Das Verlesen von Parteiparolen oder ein abschätziger Umgang miteinander führen nicht zum Ziel. Unsere Arbeit soll von einem respektvollen und toleranten Miteinander geprägt sein. So ist es auch im Rat am dienlichsten, wenn die einzelnen Voten sachlich und auf den Punkt gebracht sind. Lange Reden und Wiederholungen strapazieren nur die Geduld der anderen Ratsmitglieder. Und manchmal zeugt es von mehr Grösse, wenn man eine Aussage von jemand anderem unkommentiert stehen lassen kann. Wir müssen nicht Freunde werden, aber dass wir einander respektieren und tolerieren, das ist mir wichtig.“ Diese Sätze gelten für mich nach wie vor. Und ich denke, dass wir hier im Parlament eine wichtige Arbeit leisten und nicht „nur“ parlieren. Nun möchte ich noch Danke sagen: Die Zusammenarbeit mit dem GGR-Büro und der Stadtkanzlei war einwandfrei. Als erstem möchte ich Martin Würmli danken. Er war immer mit Rat zur Stelle, wenn es Unklarheiten oder juristische Fragen zu klären gab. Es war für mich sehr angenehm, Martin während der Sitzung an der Seite zu wissen. Ruth Schorno hat meine Bewunderung, bringt sie doch alle Voten zu Papier und das ist sicher nicht

immer einfach, vor allem, wenn es sehr emotional und spontan wird. In der Stadtkanzlei leistet Fränzi Zürcher im Hintergrund wichtige und unverzichtbare Arbeit. Während Gabi Kottmann in den GGR-Sitzungen mit ihren unzähligen Fussmärschen dafür sorgt, dass alles da ist, wo es hin soll. Mein Dank geht auch an alle anderen, die mich in meiner Arbeit als Ratspräsidentin unterstützt haben. Jetzt freue ich mich wieder als gewöhnliches GGR-Mitglied weiterzumachen. Ich danke allen für die konstruktive, herausfordernde, erfreuliche und diskutierfreudige Zusammenarbeit.“

9. Mitteilungen

Louis Bisig hat sich entschlossen, auf Ende dieses Jahres aus diesem Rat zurückzutreten. Am Anfang war es wie früher beim Fernsehen: Schwarz/Weiss. Dann gab es immer mehr Grautöne, man lernte einander kennen, und es wurde auch etwas bunter. Es darf vermutlich gleich nicht so weit kommen, dass es HD-Qualität erhält und jeder nur noch für sich schaut. Louis Bisig wünscht diesem Rat alles Gute, vor allem auch deren Familien - und ein gutes neues Jahr.

Ratspräsidentin Karin Hägi: In der Redaktionskommission Stadtmagazin ist die Vertretung des GGR immer noch vakant. Sie wird es bleiben bis irgendwelche Vorschläge kommen. Es hat sich bisher niemand gemeldet. Es ist aber auch nicht so, dass dieser Sitz besetzt werden muss. Es war der Wunsch des GGR, diese Position zu besetzen. Es bleibt auch dem GGR überlassen, das sich Interessierte melden. Der neue Präsident wird nicht mehr nachfragen. Es müsste sich jemand von sich aus melden.

Ratspräsidentin Karin Hägi ist vom Stadtrat informiert worden, dass er das Reglement über die Benützung der öffentlichen Anlagen gerne von einer Spezialkommission behandelt haben möchte. Das neues Ratsbüro wird das Vorgehen diskutieren und allenfalls eine Kommission vorschlagen.

Im Anschluss gibt es in der Eingangshalle des Rathauses aus Anlass der Wahl des neuen Büros GGR einen Aperó. Die Zuordnung im Zug ist folgende:

- Tambouren
- Stadtweibelin
- Büro GGR, zuvorderst Ratspräsident und Ratsvizepräsident
- Stadtrat
- Mitglieder des GGR

Ratspräsidentin Karin Hägi wünscht nun allen schöne Festtage und einen guten Start ins 2017.

Die nächste Sitzung des GGR findet somit statt:

Dienstag, 24. Januar 2017, 17.00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber